

# offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



s 10.-/dm 1,50/sfr 1,50  
nr. 52  
mai 1979  
jahrgang 6

## Chancengleichheit nur als Modell

# Zu diesem Heft

Angesichts des 1. Mai haben wir uns ein wenig abgehetzt, um rechtzeitig mit diesem Heft fertigzuwerden und es unter die Leute zu bringen.

Kinder und Schule werden diesmal in einigen Beiträgen behandelt. Bereiche, in denen viel passiert, wovon selten was in die Öffentlichkeit gelangt.

Über die Gründe der Auseinandersetzungen um das "Extrablatt", in das seinerzeit von vielen mediale Hoffnungen gesetzt wurden, sprachen wir mit zwei Betroffenen: einem ehemaligen Redaktionsmitglied und dem Chefredakteur (ohne Anführungszeichen).

Viel Platz widmen wir dem Artikel eines Genossen, der seit einiger Zeit in Frankreich

arbeitet und über die Arbeitskämpfe der letzten Monate berichtet. Da uns der Artikel so gut gefiel und wir unseren Lesern nichts vorenthalten wollten, ist es uns einfach nicht gelungen, zu kürzen.

Die geringfügige Erhöhung des Einzelverkaufspreises von bisher S 8, - auf S 10, - ist nicht rein "kaufmännischen" Überlegungen geschuldet. Es ist noch immer ein "politischer" Preis, der aber den diversen Verbesserungen der letzten zehn bis zwölf Hefte - so hoffen wir - angemessener ist. (Das Abonnement für ein Jahr beträgt S 90, -, kommt somit billiger.)

Die Redaktion

Titelbild: Arena-Fotogruppe/Schill.

## Inhalt

- 3 Kinderarbeit 1979
- 4 Chancengleichheit nur als Modell
- 9 Lehrer- und Schülerrechte in der Steiermark
- 10 „Soziale“ Sozialpolitik
- 11 In Pleite hineinmanövriert
- 12 alltägliche geschichten
- 14 Forderungen aus den Betrieben sind das Programm der Gewerkschaftlichen Einheit
- 16 Extraprobleme
- 21 Wahlen 1979
- 22 Frankreich: Ein Jahr danach . . .

## Impressum

*offensiv*, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

*links*, weil wir Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

*offensiv links* - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien  
Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl.  
Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 10, - Abonnement: S 90, - (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Daß Kinderarbeit kein Relikt aus dem Hochkapitalismus des 19. Jahrhunderts ist, beweisen die Zahlen einer Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf.

52 Millionen Kinder unter 15 Jahren auf der ganzen Welt schufteten wie Erwachsene. (Dies entspricht z.B. der Einwohnerzahl Frankreichs oder Italiens). Diese 52 Millionen sind allerdings nur die Spitze eines Eisberges, denn in vielen Ländern sind nur Personen über 15 Jahren in Wirtschaftsstatistiken erfaßt. Außerdem werden Kinder, die zugleich arbeiten und zur Schule gehen, nicht als „erwerbstätig“ ausgewiesen.

Die Schüler der Scuola di Barbiana\* schrieben zu dem Absatz ‚Bauern‘ in ihrem Buch folgendes:

„Die Versuchung der Arbeit lastet auf den Armen je nach Alter und je nachdem, ob sie Bauern oder Arbeiter sind. Die elf Kinder, die während der fünf Volksschuljahre zur Arbeit gingen, waren zwischen sieben und vierzehn Jahre alt. In der Mehrzahl Bauern oder jedenfalls Leute, die in einsamen Häusern und Gehöften wohnen, wo es auch für ein kleines Kind immer irgendeine Arbeit gibt.“

Und weiter:

„Der Staat hat sie vergessen. Er führt sie nicht mehr im Register der Schüler und noch nicht in dem der Arbeitskräfte. Und doch arbeiten sie, und zwischen den Zeilen des Gesetzes merkt man, daß man das weiß, aber nicht sagen will. Das Gesetz von 29.1.61 über den Schutz der Frauen und Jugendarbeit verbietet, vor dem 15. Lebensjahr zu arbeiten. Das Gesetz gilt aber nicht für die Landwirtschaft. So ist es richtig. Die mindere Rasse hat keine Kinder. Wir sind alle vorzeitige Erwachsene. Der Artikel 205 des Gesetzes über die Versicherung gegen Arbeitsunfälle setzt fest, daß den Bauern Arbeitsunfälle schon von 12 Jahren aufwärts vergütet werden. Also weiß man, daß wir arbeiten.“

Wenn man also von dieser sicherlich sehr niedrig angesetzten Schätzung ausgeht,

verteilen sich diese 52 Millionen Kinderarbeiter folgendermaßen:

29 Millionen in Südasien

10 Millionen in Afrika

9 Millionen in Ostasien

3 Millionen in stärker entwickelten marktwirtschaftlich orientierten Ländern.

Legionen „wirtschaftlich aktiver“ Kinder bevölkern kleine Werkstätten, Heim- und Handwerksbetriebe in Städten und Dörfern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und dem Nahen Osten.

Wenn sich z.B. in Sizilien auf eine Baustelle oder Fabrik eine polizeiliche Untersuchungskommission verirrt, weil ein tödlicher Arbeitsunfall eines Kindes ans Licht gekommen ist, so wird durch ein geheimes Nachrichtensystem der Unternehmer davon unterrichtet. Die Minderjährigen werden rasch durch eine Hintertür ins Freie gebracht oder versteckt und so entzieht der Unternehmer wieder seine minderjährigen Arbeitssklaven dem ohnehin schon laxen Arm des Gesetzes. Und wie er sie schützen muß! Da er die Kinder illegal beschäftigt, ist er auch an keine Lohnverträge, keine Sicherheitsbestimmungen gebunden und braucht natürlich auch keine Sozialabgaben leisten. Von seinem Profit gar nicht zu reden.

Ein anderes, sich weitgehend der Kontrolle entziehendes Gebiet ist die Arbeit im Haushalt.

In einigen Ländern ist es durchaus üblich, daß sogar Siebenjährige – hauptsächlich Mädchen in Mittelamerika, dem Nahen Osten und einigen Teilen Asiens – vom Land in die Stadt gebracht und buchstäblich an einen Haushalt verkauft werden.

Aber in der gesamten Welt werden bei weitem die meisten Kinder in der Landwirtschaft beschäftigt.

In Altomuro (Bari) in Italien gibt es einen sogenannten Markt der „zarten Arme“, einen Kindermarkt auf dem die Ware Kind für ein oder zwei Kilo Mehl pro Tag an eine Mühle verschachert wird, oder als Viehhüter, auch meist nur für ein wenig mehr als Essen und Unterkunft.

Die Gewerkschaften in Italien sind meist machtlos – sie müssen vor zwei Tatsachen kapitulieren, die auch die italienische Regierung bisher nicht in den Griff bekommen hat: Armut und Analphabetismus, wobei sich das Eine aus dem Anderen ergibt. Auch der erwachsene Kollege am Arbeitsplatz wird sich meist hüten, seinen kleinen Kollegen anzuzeigen: vielleicht arbeitet sein kleiner Sohn auch, zumindest kennt er aber die Armut in der Familie des Kindes.

Viele dieser Kinder haben die Schule verlassen oder besuchen sie nur unregelmäßig. Auch in einigen Teilen Nordeuropas kommen solche Fälle vor, allerdings unter strenger Beachtung der Schulpflicht.

Dort also, wo sich die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen verbessert haben gehen die Kinder zur Schule und ist die Kinderarbeit fast gänzlich verschwunden.

In diesem Ausmaß stellt sich nun 1979, dem internationalen Jahr des Kindes, der Welt das Problem der Kinderarbeit dar. Ändern wird sich auch in diesem Jahr nicht viel. Die Berge der Gutachten, Untersuchungen werden höher wachsen.

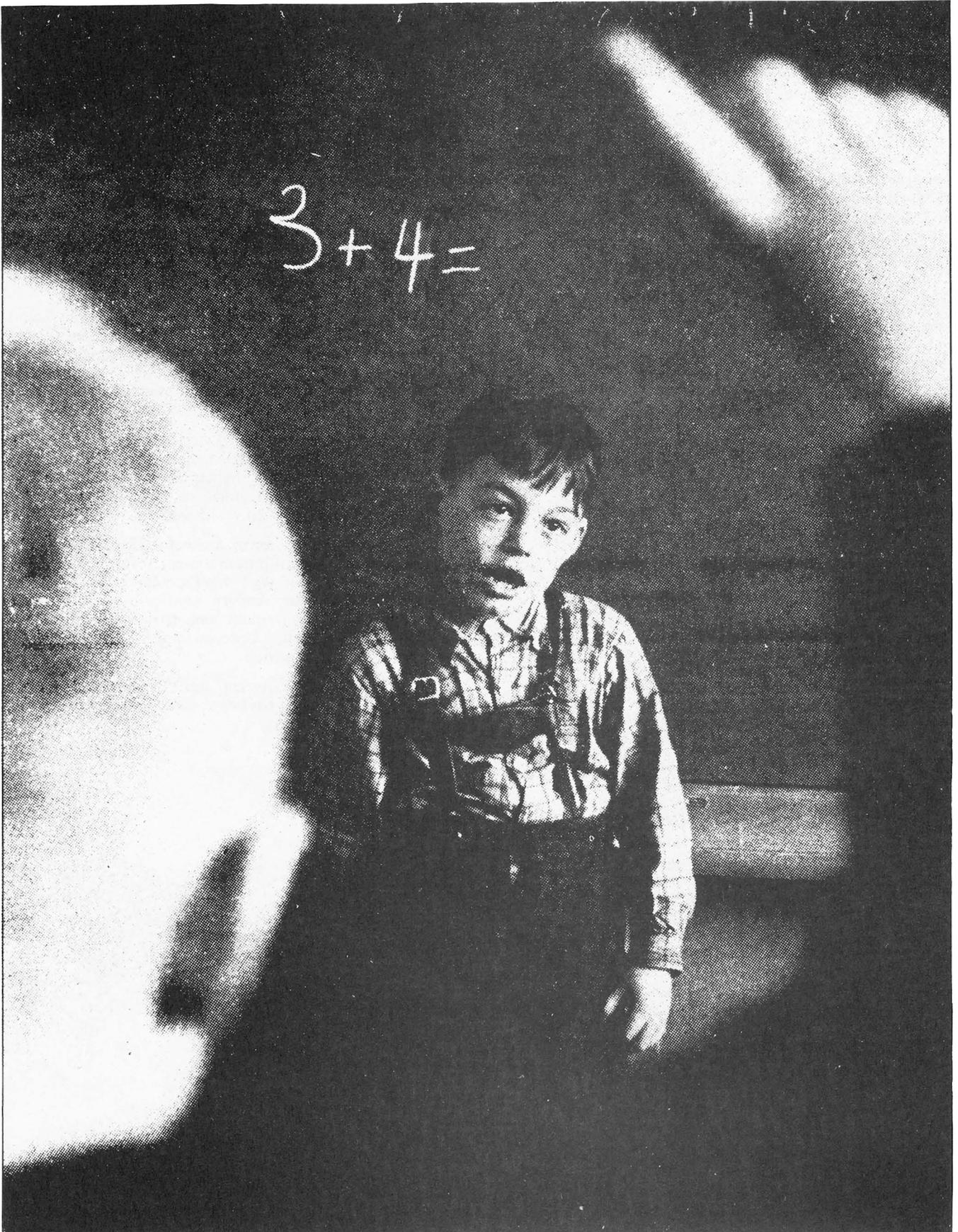
Den vielen, um ihre Kindheit Betrogenen wird es aber nicht weiterhelfen.

L.N. ■



\* Die Schülerschule: von Schülern selbstverwaltete Schule in einem Bergbauerndorf nahe Florenz. 1967 vom Staat geschlossen.

# Chancengleichheit nur als Modell



**Die beträchtliche Anzahl ausländischer Arbeiter in Österreich führte zu einem starken Anstieg von schulpflichtigen Kindern mit nicht deutscher Muttersprache an Österreichs Schulen.**

Nach einer Statistik des Wiener Stadtschulrates gab es in Wien in Mai 1978:

- 3.520 ausländische Schüler an den Volksschulen
- 1.705 ausländische Schüler an den Hauptschulen
  - wobei 20% davon im 1. Klassenzug (A)
  - und 80% davon im 2. Klassenzug (B)
- 867 ausländische Schüler an Sonderschulen

das sind 14% der ausländischen Schüler (im Vergleich dazu sind nur 7% der einheimischen Wiener Schüler in Sonderschulen).

überrepräsentiert im Verhältnis zu den österreichischen Kindern. Es ist klar, diese Kinder sind nicht doppelt so dumm oder doppelt so unintelligent, sondern das hat sicherlich auch den Grund, daß von manchen Schuldirektionen der Weg des geringsten Widerstandes gegangen wird, und ab in die Sonderschule.

*Frage:* Sind dir persönlich Fälle bekannt, wie das Abschieben in die Sonderschule gehandhabt wird? Also kennst du die Schulgeschichte eines Kindes, das z.B. in der Volksschule war und in die Sonderschule gekommen ist?

*Antwort:* Ich persönlich kenne das allerdings nur aus der Literatur, aus den Fällen die vor meiner Zeit waren.

Da war der Fall wo sich der Sozialarbeiter, der vor mir war, striktest dagegen gewehrt hat, das ein bestimmter Schüler in die Sonderschule überstellt wird. Dies ist in die Presse gegangen und wurde auch verhindert.

Was ich aber persönlich weiß, sind Androhungen einer Sonderschulüberführung, das heißt wo die Direktorin sagte, wenn er nicht bis da und dahin diese Leistung erbracht hat, wird er in die Sonderschule kommen.

Auch ein ähnlicher Fall, wo es nicht um einen Sonderschulfall ging, sondern um einen speziellen Schulversuch Sondererziehungsschule. Dies ist eine Schule für verhaltensgestörte Kinder, wo in Kleinstgruppen mit besonders ausgebildeten Lehrern, Kinder betreut werden, und zwar mit dem Ziel die Kinder wieder in den alten Klassenverband einzugliedern. Dieses Kind, hat sich dann herausgestellt, hatte gar keine Verhaltensstörungen, sondern seine Verhaltensstörungen waren ein bißl stänkern und raufen, wie sich halt ein zehnjähriger Bub benimmt und sich viele Buben in diesem Alter benehmen. Aber mein Eindruck ist, daß die diesen Buben loshaben wollten, und ich habe jene Lehrkraft daraufhin angesprochen und sie darauf hingewiesen, daß dieses Kind dann ja wieder in ihre Klasse kommen wird. Mir wurde dann eben zur Antwort gegeben: „Sie weiß nicht, ob sie dieses Kind wieder nehmen wird.“ Wobei ich über die rechtliche Situation nicht informiert bin, ob sie das Kind auch nehmen muß. Aber auch wenn sie das Kind dann wieder nehmen muß, die Einstellung der Schule zu dem Kind wird sicherlich nicht sehr positiv gefärbt sein.

*Frage:* Kannst du uns aus deiner Erfahrung erzählen, wie die Tests mit Schulpsychologen über Hauptschulreife oder doch Sonderschule vor sich gehen?

Nachstehendes Interview wurde mit einem Sozialarbeiter geführt, der sich im Rahmen seiner Tätigkeit mit Gastarbeiterkindern beschäftigt.

*Frage:* Wo liegen den bisherigen Erfahrungen nach die größten Probleme der Gastarbeiterkinder an Österreichs Schulen?

*Antwort:* Das Problem liegt vor allem einmal in der österreichischen Bevölkerung. Wenn das Schulversuchsprogramm auch der Stein der Weisen wäre, könnte sich der Staat trotzdem auf den Kopf stellen, wenn die Österreicher hier nicht mitziehen. Die Gastarbeiter sind noch immer eine Randgruppe und nicht akzeptiert. Das heißt im Folgenden, da auch die österreichischen Lehrer zu dieser Bevölkerung zählen, gibt es einen sehr hohen Prozentsatz die zumindest den Gastarbeiterkindern reserviert gegenüber stehen.

Dies soll natürlich nicht heißen, daß nicht sehr viele Lehrer doch guten Willen zeigen. Zum Teil gibt es aber eben diese Lehrer, die Gastarbeiter ablehnen.

*Frage:* Leiden die Kinder darunter?

*Antwort:* Natürlich leiden die Kinder darunter. Man kann den Unterricht so gestalten, daß Gastarbeiterkinder dem Unterricht folgen können oder man sagt sich, die verstehen das eh' nicht und geht mit dem Lehrstoff weiter.

Ich habe z.B. einen Fall gehabt, wo mir ein Kind gesagt hat: „Ich traue mich in der Schule den Lehrer nichts fragen“ (der Schüler versteht sehr schlecht deutsch). Traut sich nicht fragen, hat Angst vor seiner Lehrerin und noch größere Angst vor seinen Mitschülern. Seine Mitschüler haben ihn so quasi abgestellt, „er soll nicht immer so blöd fragen, er hält die Partie auf“ – und damit fragt er halt nicht mehr.

Das heißt, wenn es ein guter Lehrer ist, kann er einem Gastarbeiterkind, das ja von Haus aus nicht die gleichen Chancen hat, unterstützend helfen. Heute früh im Morgenjournal war ein Bericht über die Tagung des Europarates, und die haben unter anderem festgestellt,

daß die Maßnahmen der mitteleuropäischen Staaten für Gastarbeiter sehr kurzsichtig und eigennützig sind und daß speziell auch das Problem des Gastarbeiterkindes viel zu wenig beachtet wurde und daß von einer Chancengleichheit im Beruf nicht gesprochen werden kann (wenn'st einmal in der Hauptschule im B-Zug oder in der Sonderschule bist – sind einmal die Chancen geringer), sie also schon die Hilfsarbeiter der Zukunft sind. Dies ist offiziell eben bei dieser Tagung festgestellt worden.

Auf der anderen Seite darf man auch nicht die Schwierigkeiten der Lehrer übersehen, die es natürlich auch gibt. Er hat hier 30 Kinder, muß unter bestimmten Zwängen sein Programm durchziehen und nun sitzen halt z.B. fünf Kinder aus der Türkei in einer 2. Hauptschulklasse, verstehen kein Wort deutsch und können kein Wort lesen und schreiben. Was fangt man mit denen an? Da ist der Lehrer wahrscheinlich überfordert.

*Frage:* Aber die Kinder sitzen doch erfahrungsgemäß nicht in der 2. Hauptschulklasse sondern schon in der Sonderschule?

*Antwort:* Ja. Ich bin als Sozialhelfer jetzt seit drei Monaten in dieser Gesellschaft. Die Erfahrung, die ich gemacht habe, ist teilweise das, was ich gelesen bzw. gehört habe, was vorher passiert war. Es ist so, daß eigentlich sehr viele Gastarbeiterkinder natürlich in der Hauptschule im B-Zug sitzen. Davon gibt es einige Kinder, die überangepaßt sind, das heißt zuviel Angleichung an unsere Gesellschaft haben, und es gibt eine Randschicht, die in die Sonderschule marschiert. Und – das ist auch offiziell, das habe ich aus den „Salzburger Nachrichten“ – daß in den Sonderschulen im Verhältnis zu der Gesamtschülerzahl der Schüler 14% Gastarbeiterkinder sind. Also wesentlich

*Antwort:* Ich kenne diese Schulpsychologen nicht persönlich. Ich bekomme einen schriftlichen Bericht von den Schulpsychologen und wenn ich mich dabei nicht auskenne rufe ich dort an. Ich habe bis jetzt den Eindruck gewonnen, daß der schulpsychologische Dienst (wenigstens in den Fällen, die mir untergekommen sind) immer wieder bestrebt ist, das Kind nicht in die Sonderschule einzuweisen. Das heißt, daß es hier eine Schule gibt, die darauf drängt, das Kind in die Sonderschule zu schicken und der schulpsychologische Dienst versucht das Ganze zu bremsen. Wenigstens habe ich schon einige Fälle vom schulpsychologischen Dienst bekommen, wo sie mich gebeten haben, versucht's bitte hier zu helfen, damit das Kind nicht in die Sonderschule kommt. Ob das jetzt die Norm ist oder nicht – ich habe diese Erfahrung bis jetzt wenigstens gemacht!

*Frage:* Nun diese Direktion der Schule die darauf besteht. . .

*Antwort:* Nun bestehen . . . das ist ja nicht so einfach die Überweisung in die Sonderschule. Da müssen einmal

die Eltern das Einverständnis dazu geben. Das Kind wird noch einmal getestet, dann kommt es vor eine bestimmte Kommission, dort wird der Fall noch einmal besprochen, und dann kommt das Kind einmal für ein Monat auf Probe in die Sonderschule, und dann wird erst entschieden ob das Kind bleibt oder nicht. Also eine Sonderschulüberweisung ist ein eher komplizierter Fall. Nichts desto trotz ist aber der Anteil der Gastarbeiterkinder in der Sonderschule höher als bei anderen Kindern.

*Frage:* Wir wissen, daß ein Test ausgearbeitet wird, der auf die Gastarbeiterkinder besser eingeht, aber den gibt es eben noch nicht. Wie geht denn im Moment der Test vor sich?

*Antwort:* Ja hier gibt es mehrere Tests. Zahlenreihen fortsetzen, Figuren vergleichen u.ä. verbale Kombinationen und Dinge. Meistens ist es so, daß das Verbale dann ausgespart wird und nur das Bildliche gemacht wird.

Aber es ist nicht nur das Verbale was nicht ganz geeignet ist, sondern diese

Tests sind auf unseren Kulturkreis zugeschnitten und benachteiligen sicher die Gastarbeiterkinder. Aber trotzdem, meine Erfahrungen mit dem schulpsychologischen Dienst sind sehr positiv, und ich kann mir vorstellen, daß diese Probleme dort berücksichtigt werden.

*Frage:* Wenn dir ein Fall vom Schulpsychologen gemeldet wird, gehst du dann in die Schule? Ist die Direktion freundlich mit dir? Verhalten die sich kooperativ?

*Antwort:* Ich gehe nicht in die Schule, ich rufe an. Sie sind sehr freundlich. Was natürlich alles oder nichts bedeuten kann, daß die freundlich sind. Freundlich sind sie alle. Sie reden alle so, wie wenn sie nur das Beste für das Kind wollen – das ist ja eben das Gefährliche. Es stellt sich dann erst immer später heraus, ob sie wirklich das Beste wollen oder nicht. Das herauszufinden ist unheimlich schwer, weil sich meistens das Problem des Kindes anders löst. Weil es nach Jugoslawien oder in die Türkei zurückgeht oder so.

*Frage:* Wie stellen sich Lehrer, die diesem Problem durchaus positiv gegenüberstehen vor, daß man diese Schwierigkeiten lösen kann?

*Antwort:* Es gibt hier verschiedene Modelle. Das Problem ist halt wahn-sinnig schwierig. Zum Beispiel in Salzburg und Vorarlberg war es geplant, daß Gastarbeiterkinder nicht in die reguläre Schule kommen, sondern eine Klasse mit andern Kindern, die nicht deutsch sprechen, besuchen (z.B. Flüchtlingskinder) und erst einmal auf Deutsch gedrillt werden. Und wenn sie dann halbwegs Deutsch können, werden sie in den ihnen altersmäßig entsprechenden Verband integriert. Das hätte den Vorteil, daß das Kind dem Unterricht auch folgen kann und die Möglichkeit hat eine positive Leistung zu erbringen. Aber auch wenn es z.B. in Jugoslawien oder der Türkei die Volksschule gemacht hat, speziell in manchen Gebieten der Türkei (man darf das ja nicht laut sagen, aber was ich so gehört habe, sind die Schulen ziemlich arg) kann das Kind halt ziemlich wenig darauf aufbauen, es wird ein ziemliches Wissensdefizit haben und sehr viel wird es nicht verstehen. Aber immerhin, wenn das Kind dort sitzt und hört, versteht und verarbeiten kann, und auch die Möglichkeit zum Fragen hat, kann man es darauf hinweisen, auf Bücher etc. wo es seine Lücken schließen kann. Dieses Modell wurde aber nicht durchgeführt. Im Augenblick ist es so, daß ein Kind dem Alter entsprechend in den Klassenverband eingeordnet werden muß.

## Die Meinung des Wiener Stadtschulrates

*Die Wiener Schulbehörde hat zur Erreichung ihrer Zielsetzung ausländische Kinder in den normalen Schulbetrieb zu integrieren als Schulversuch einen sogenannten sprachlichen Förderkurs für Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache eingerichtet.*

*Die Kurse werden entsprechend den gegebenen Erfordernissen an den einzelnen Schulstandorten abgehalten. Die Streuung ist daher nicht linear, sondern sie werden vor allem in den Schulen jener Bezirke durchgeführt, wo eben häufig Substandardwohnungen vorzufinden sind, wie z.B. im 3. und im 16. Wiener Gemeindebezirk, wo es verhältnismäßig viele Gastarbeiter gibt. Sind in einer Klasse oder Schulstufe zuwenige Schüler für einen derartigen Kurs, können allenfalls Schüler verschiedener Klassen und Schulstufen sowie von benachbarten Schulen zusammengefaßt werden. Es handelt sich dabei um ein unterrichtsbegleitendes Sprachtraining in kleinen Gruppen von 8–12 Schülern im Ausmaß von 2 Wochenstunden mit flexiblen Kursbeginn und flexibler Kursdauer zum raschen Erwerb einer besseren Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache.*

*Die in den sprachlichen Förderkursen erzielten Erfolge sollen die Grundlage für eine erfolgversprechende Teilnahme am Pflichtschulbetrieb liefern.*

*Die bisherigen Erfahrungen des Stadtschulrates sind, wie uns in einem Gespräch gesagt wurde, recht gut. Weil die Kurse unterrichtsbegleitend sind, besuchen sie fast alle Kinder. Es ist einer der wirksamsten Integrationsmaßnahmen im Hinblick auf die schulischen Möglichkeiten des Kindes, da gesagt werden könne, daß etwa 80% der Kinder, die diesen Kurs besuchen, während eines Schuljahres soviel lernen, daß sie einigermaßen der deutschen Sprache so mächtig werden, um dem Unterricht in der Normalklasse folgen zu können.*

Vorige Woche hatte ich einen türkischen Buben, er ist 14 Jahre alt, hat in der Türkei die Pflichtschule beendet (in der Türkei sind nur fünf Jahre Pflicht) und ist seinem Vater nach Österreich nachgekommen. Nach unserem Gesetz sind aber neun Jahre Pflichtschule, er muß also noch vier Jahre in die Schule gehen. Ich habe ihn in einer Schule in Simmering untergebracht, in einer Hauptschule B-Zug. Der sitzt jetzt in der Klasse, spricht kein Wort deutsch. Der kann zwar den Förderkurs besuchen, der Förderkurs ist zwei maximal vier Wochenstunden. Das ist natürlich Wahnsinn, so lernt man nie die Sprache. Viermal in der Woche eine fremde Sprache zu lernen, zu Hause wird nur türkisch gesprochen . . .

Es ist halt alles ein finanzielles und personelles Problem. Die Förderkurse sind sicherlich ein Versuch, diesen Kindern zu helfen, aber ich nehme an, daß das für die meisten zu wenig ist, wenn nicht ein Kind in Österreich geboren ist und schon ein bißchen deutsch kann. Der Förderkurs kann bei solchen Fällen Fehler ausmerzen und ähnliches. Für die, die aber noch keine Ahnung von dieser Sprache haben, ist es zu wenig.

Stellt man sich also vor, eine Sprache nur in vier Wochenstunden zu lernen, noch dazu in einem Milieu, wo du nicht zum Lernen angehalten wirst, wo z.T. kein Verständnis dafür vorherrscht, oder denen es wurscht ist, glaube ich nicht, daß ein Kind sehr viel lernen wird. Wenn es z.B. in eine solche Klasse gehen würde, wo es jetzt ein Jahr nur auf deutsch gedrillt wird, da verliert es zwar ein Jahr, das würde es aber sowieso verlieren. Es kann als außerordentlicher Schüler zwei Jahre hintereinander unbeurteilt aufsteigen, aber dann bleibt er sitzen. Und da sitzt halt dann ein schon zwölfjähriger in der Klasse mit achtjährigen usw. Dann ist halt der Plafond erreicht und der kommt wie das Amen im Gebet. Wie soll es Leistungen erbringen z.B. in Geografie oder Geschichte, die es nicht versteht? Wenn er aber ein Jahr nur deutsch lernt, könnte dieser Schüler alles besser verstehen.

*Frage:* Nur haben sich die Leute z.B. im Wiener Stadtschulrat striktest geweigert, die Kinder in fremdsprachlichen Klassen zusammenzufassen, da Ghettobildung nicht vermeidbar wäre. Aber wenn man dir jetzt zuhört, ist es vielleicht doch nicht so schlecht, wenn die Kinder ein Jahr lang miteinander deutsch lernen würden und alles andere z.B. Geografie, Rechnen etc. in ihrer Sprache hören könnten.

*Antwort:* Schwer, das ist halt so wie die Henne und das Ei. Beweisen kann man nichts, es gibt kaum Untersuchungen.

## Zur Diskussion

Was würden Sie zu folgender Arbeitssituation sagen:

Zu leisten ist intensive Büroarbeit.

Die Nettoarbeitszeit von einer großen Pause zur nächsten beträgt zwischen vier und sechs Stunden, dazwischen liegen einige kleine Pausen.

Menschliche Bedürfnisse zu befriedigen (Sprechen, Essen und andere) ist nur in den Pausen gestattet; allerdings darf auch in den Pausen der Raum nur zum Aufsuchen der Klosetts verlassen werden.

Die Arbeit hat unter Zwangshaltung zu erfolgen.

Die Sitz- und Schreibgelegenheiten widersprechen nicht nur der modernen Bürotechnik – sie widersprechen außerdem den Vorschriften des Arbeitsinspektors. Ähnlich verhält es sich mit Luft und Licht.

Umweltlautstärken zwischen 40 und 75 DbA sind auf Grund der mangelnden Lärmisolation keine Seltenheit.

Kennen Sie derartige Arbeitsplätze in unserem Land?

Nein?

Dann sehen Sie sich bitte einige *Schulen* an.

Aber an den Haltungsschäden der Kinder sind die autofahrenden Eltern schuld

an der mangelnden Konzentration sind nur Außenreize, Radio und vor allem Fernsehen schuld

psychische Schäden haben die Kinder weil die Mütter berufstätig sind

Schuld an allen sind also die Mütter, die Väter, die Großmütter und die Lehrer – aber *niemals* das Unterrichtsministerium, die Gebäudeverwaltung, die Erzeuger der Schulmöbel . . .

Dora Schimanko ■

Und da bekommt man halt dann irgendwann den Vorwurf auf den Kopf, du willst Gastarbeiterkinderghettos schaffen. Die im Stadtschulrat sind natürlich nicht heiß darauf, daß man ihnen das vorwirft.

*Frage:* Gibt es irgendwelche Interessensgemeinschaften von Lehrern, die versuchen zu helfen? Kann man als Privatlehrer helfen? Was kann man tun?

*Antwort:* Lehrer, soviel ich weiß, helfen nicht. Wir machen das. Wir sind eben so eine Stelle, die Kinder gemeldet bekommt. Die werden entweder von den Schulen direkt, oder vom schulp-psychologischen Dienst gemeldet oder dem Jugendamt – wir arbeiten mit vielen Stellen zusammen. Die sagen uns also jetzt da ist ein Kind, das hat diese Probleme und könnt ihr nicht für dieses Kind was machen?

Jetzt ist die Möglichkeit, wenn das Kind nur sprachliche Probleme hat, dann kann ich es in einen von uns organisierten Deutschkurs schicken. Wir haben zur Zeit 14 Deutschkurse in Wien laufen, die von ca. 160 Kindern besucht werden, das zeigt unter anderem auch wie wichtig ein zusätzlicher Deutschkurs ist, allerdings in der Freizeit am Nachmittag. Der Nachteil von diesen Kursen ist halt, daß wir sie nur in einer bestimmten Gegend anbieten können, auch ein finanzielles Problem. Es ist allerdings eine relativ glatte Sache. Du schickst den Schüler hin, verlangst ca. 50 Schilling (das ist eher ein psychologischer Moment, daß man nicht den Eindruck gewinnt, was gratis ist ist schlecht oder so – wenn irgend ein Schüler Schwierigkeiten hat, die 50 Schilling aufzubringen, na dann vergessen wir's eben). Das ist die eine Möglichkeit.

Wenn das Kind aber zu weit weg wohnt oder wenn das Kind nicht nur in Deutsch sondern auch im Rechnen schwach ist, dann funktioniert der Deutschkurs nicht. Wir versuchen dann Freiwillige zu finden, die sich mit dem Kind beschäftigen und versuchen dem Kind Hilfe zu geben. Einfache Nachhilfe – drei bis vier Stunden geben oder dem Kind Sachen erklären, die es in der Schule nicht mehr erklärt bekommt. Wobei dieses Kind sogar in die Familie integriert werden kann

*Frage:* Was sind das für Freiwillige?

*Antwort:* Das ist ein wilder Schnitt durch die Bevölkerung, z.B. ein pensionierter Lehrer, eine Studentin, ein Postler und Hausfrauen. Keine Lehrer. Diese Personen machen entweder reine Nachhilfe oder versuchen auch dem Kind mehr zu geben als nur das. Ausflüge in den Wienerwald etc. Die Eltern von diesen Kindern müssen natürlich einverstanden sein. Das soll nicht alles überorganisiert werden. Man muß das natürlich schon ein Jahr kontinuierlich machen. Wenn man nämlich dann nur ein oder zweimal hinget, ist der Rückschlag für die Familie wesentlich höher, weil sich die ja auch überlegen, warum kommt der nicht mehr oder was ist nur an uns, daß der nicht mehr kommt? etc.

*Frage:* Sind Fälle bekannt, wo man mit den Kindern nichts mehr imstande war, zu tun, die dann nach Jugoslawien oder in die Türkei abgeschoben worden sind?

*Antwort:* Nein. Aber ich habe erlebt, daß die Familien selber die Kinder zurückschicken. Es gibt auch Fälle wo die Kinder zwischen Österreich und dem Heimatland pendeln. Sind z.B. drei Monate in Jugoslawien bei den Großeltern, dann kommen sie zu den Eltern nach Österreich, werden von diesen hier an der Schule angemeldet (wegen der Kinderbeihilfe) oder auch nicht. Dann kommt irgendwer durch Zufall drauf, daß die Kinder nicht in die Schule gehen. Oder auch nicht. Die Dunkelziffer, wieviele Kinder von Gastarbeitern nicht die Schule besuchen, weiß kein Mensch. Sie beträgt wahrscheinlich ein Drittel.

Das sind halt Familien mit sehr vielen Kindern. Und da fällt es nicht so auf wenn zwei oder drei Kinder eben nicht in die Schule gehen. Die machen dann den Haushalt, passen auf die jüngeren Geschwister auf, während die Eltern arbeiten gehen.

*Frage:* Was ist nun das Grundproblem?

*Antwort:* Also, das Grundproblem ist nicht die Schule, sondern die Menschen im Land. Wenn sich die Ein-

stellung nicht grundsätzlich in diesem Land zu den Gastarbeitern ändert, wird sich auch dieses Problem nur schwer ändern lassen. Man kann organisieren, Projekte entwerfen, finanzieren usw.

Den Kindern dieser Gastarbeiter und Gastarbeitern selber kann es nur dann besser gehen, wenn sich unsere Gesellschaft ihnen gegenüber besser verhält. Ganz abgesehen davon – aber das würde zu weit führen – daß wir eine wirtschaftliche Ordnung haben, wo es eben möglich ist, daß Leute in ein Land kommen, weil sie in ihrem Heimatland halb verhungern und jederzeit einen Tritt kriegen können wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Diese Frage in unserem System stellt sich natürlich auch. Wo das möglich ist, wird der Mensch eine Handelsware.

Dieses Interview führte L.N. ■



# Lehrer- und Schülerrechte in der Steiermark

Eine Grazer Lehrergruppe hat eine Dokumentation erstellt, um jene Lehrer zu unterstützen, die gegen undemokratische Strukturen an den Schulen ankämpfen.

Die Dokumentation, die natürlich nur die ärgsten Mißstände aufzeigen kann, versucht einen Einblick in die Situation an der Landesberufsschule Mureck und die Methoden der Schulbehörden zu geben.

Zahlreiche Fälle von Disziplinierungen an Schulen machen deutlich, daß sowohl die Zustände an der Landesberufsschule Mureck, als auch die Art und Weise, wie gegen die betroffenen Lehrer vorgegangen wird, keine Einzelfälle sind.

Aus dieser Dokumentation stammen nachstehende Auszüge:

Der Murecker Berufsschullehrer Dr. Joachim Vacarescu wurde am 27.7.1977, ein Jahr vor der Pension ohne Abfertigung gekündigt und lebt seit einem Jahr mit seiner Familie (drei unversorgte Kinder) vom Krankengeld.

Das ist der Gipfelpunkt jahrelanger Schikanen durch Vertreter der Schulbehörde gegen einen Kritiker, der mit anderen Kollegen schon seit den sechziger Jahren konsequent gegen ständige Schülermißhandlungen und mißbräuchliche Verwendung von Schülergeldern aufgetreten ist.

Es begann damit, daß V. mit einigen seiner Kollegen gegen die Verleihung goldener Ehrenzeichen an prominente Politiker und Vertreter der Schulbehörden aufgetreten ist, die aus einer „schwarzen Kasse“ mit Schülergeldern finanziert wurden. Auf Grund der Erhebungen der Staatsanwaltschaft sah sich der Landesschulrat gezwungen, den damaligen Direktor Schmidt, wegen seiner unsauberen Geschäfte – bei vollen Bezügen – in Frühpension zu schicken.

Aber auch der Kritiker entledigte man sich nach und nach und schuf ein Klima, das nicht unbeteiligt am Selbstmord zweier Lehrer, Kurt Neubauer und Wilhelm Godler, war.

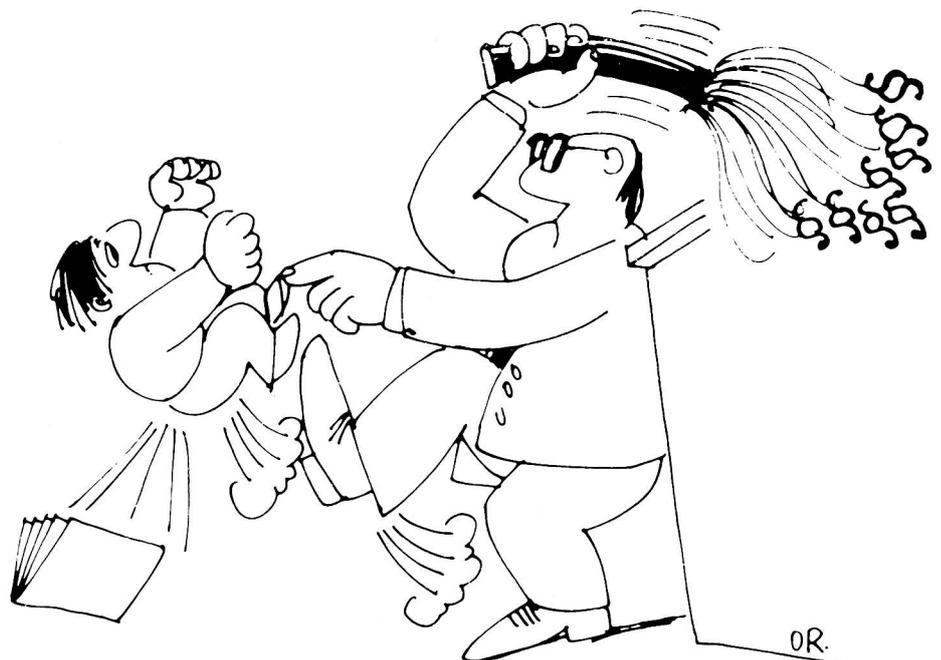
Der Lehrer Konrad Kandlhofer, seit 1955 als Schweißlehrer tätig, sollte, nachdem er als Zeuge bei Gericht die Mißhandlung eines Schülers bestätigt hatte, plötzlich die Schlosseprüfung nachmachen. Das sich der 59jährige dazu außerstande sah, wurde er gekündigt. Die Kündigung wurde zurückgezogen, als er sich bereit erklärte, in Frühpension zu gehen.

Ing. Rudolf Krautberger war der herrschenden Clique von Mureck ein besonderer Dorn im Auge. Er trat nicht nur gegen die unsaubere Geschäftemacherei und das brutale Klima an der Schule auf, sondern war wegen seiner Qualifikation ein potentieller Direktionsanwärter und damit Rivale des Nazi-Bürgermeisters Tenschert und späteren Direktors und derzeitigen Heimleiters der Berufsschule Mureck, Wilhelm Walzer.

In die Mühlsteine des Landesschulrates geriet Krautbauer endgültig, als er einem Kollegen gegenüber bemerkte, Dir. Walzer sei nicht besser als der Schläger Probst (Probst rühmte sich öffentlich, Mitglied der SS gewesen zu sein). Dir. Walzer hatte nämlich einen Schüler im Bett blutig geschlagen.

1971 wurde ein Schüler vom Lehrer Weinberger mit einem Schlüsselbund zu Boden geschlagen. Obwohl der betreffende Lehrer vom Gericht verurteilt wurde, erhielt er kein Disziplinarverfahren und blieb weiter in Mureck im Schuldienst. Hingegen wurden Dr. V., weil er „moralisch hinter dem Schüler gestanden“ sei, auf Betreiben Tomkas und Harbs sämtliche Überstunden gestrichen, wodurch er einen Einkommensverlust von monatlich ca. 5.000,- erlitt.

Entnommen aus: Information Junge Generation SPÖ, März 1979



Sozialdemokratische Sozialpolitik, im konkreten Fall die Jugendfürsorge der Gemeinde Wien erhellt sich an folgendem Beispiel:

Das Jugendzentrum Donaustadt befindet sich inmitten einer der trostlosen Stadtrandsiedlungen neueren Datums. In einer Umgebung in der es gerade für Jugendliche, bei denen die Suche nach einem Ausweg aus der allgegenwärtigen Entfremdung ganz besonders stark ausgeprägt ist, an geeigneten Freizeitmöglichkeiten und Möglichkeiten einer positiven Identifikation mangelt. Ein Mangel der wesentlich zur Verbreitung von Alkoholismus und Drogenmißbrauch der Jugendlichen beiträgt.

Mit dieser Situation konfrontiert, versuchten die Betreuer des Jugendzentrums ein Konzept zu erarbeiten, das den Betrieb eines rauschmittelfreien Jugendzentrums ermöglichen sollte, aber auch die Hilfestellungen für rauschgiftgefährdete Jugendliche geben sollte. Sie wollten den Kindern und Heranwachsenden ein Zentrum geben, in dem Schwierigkeiten gemeinsam bearbeitet werden und in dem sie sich wohlfühlen können.

Daß es nicht ganz gelang, das Jugendzentrum anfänglich aus der Rausch-

mittelszene herauszuhalten, spricht eher für die Arbeit der Betreuer, die es sich zum Ziel gemacht hatten, gerade gegen den Alkohol- und Drogenmißbrauch der Jugendlichen anzukämpfen. Dabei arbeiteten sie intensiv mit Institutionen wie „Kalksburg“ oder „Change“ zusammen. In dem gemeinsam mit den Jugendlichen beschlossenen Konzept stand gerade dieser Aspekt im Vordergrund. Nach einer vorübergehenden Schließung wurde die Arbeit im Februar 1979 mit vollem Einsatz wieder aufgenommen. Bei der Arbeit nach dem neuen Konzept wurde dabei nicht nur eine rege Mitarbeit der Betroffenen, sondern bereits Erfolge in der Zielsetzung verzeichnet!

Allerdings nicht lange. Bei einer unvorhergesagten Visite durch den Bezirksvorsteher Huber und Gemeinderat Hanke, der auch als Obmann des Trägervereins „Verein der Jugendzentren der Gemeinde Wien“ fungiert, wurde ein „katastrophaler“ Zustand des Jugendzentrums konstatiert: volle Papierkörbe, herumliegende Decken und ähnliches.

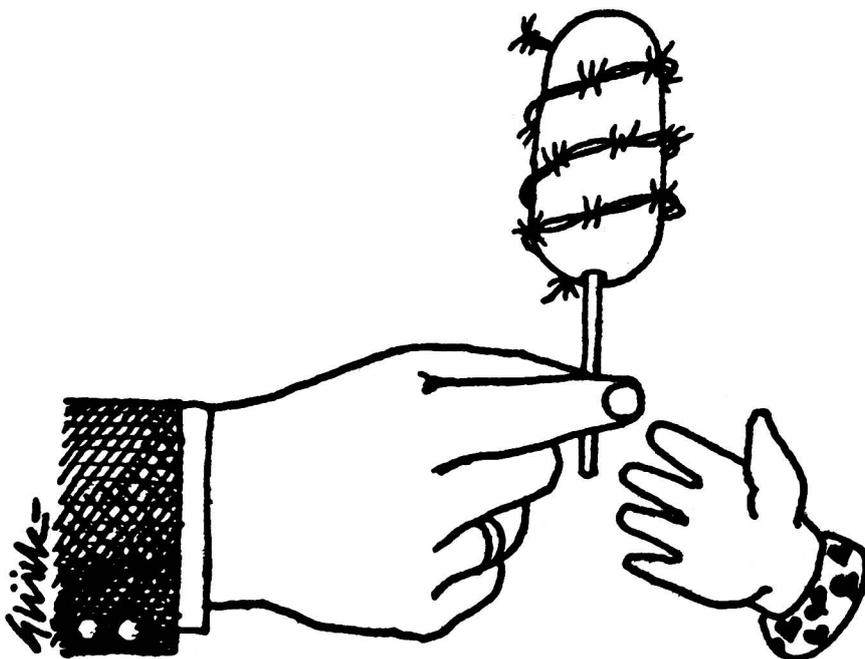
Dinge, die in weiterer Folge als Argument für das systematische Abwürgen eines alternativen Konzeptes angeführt wurden.

Nach und nach wurden einerseits Betreuer entlassen, gezwungen Dienststunden abzutreten oder einfach versetzt, ohne daß Widerspruch gegen diese Versetzung in Betracht gezogen worden wäre. Mühsame Aufbauarbeit wurde mit einem Schlag zunichte gemacht, weil eine „Kosten-Nutzen-Analyse“ ergeben haben soll, daß der Kinderbetrieb unrentabel sei.

Was bleibt, ist die Verbitterung der mit ganzem persönlichen Einsatz arbeitenden Betreuer und ein Jugendzentrum, das den Ansprüchen seines Halters (der Gemeinde Wien) zwar entspricht, das sich aber bald in die Reihe von verödeten Jugendzentren und „Häusern der Begegnung“ einreihen wird.

Was aber weiter bleibt, sind Jugendliche, denen man eine Möglichkeit, sogar die einzige, genommen hat, ihre Probleme unterzubringen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen; Identifikation nicht im Alkoholismus und dem Drogenmißbrauch, die in der Folge in „Jugendkriminalität“ enden, zu suchen, sondern im Jugendzentrum und darüber hinaus im Bewußtsein ihrer eigenen realen Situation. Dabei aber auch die Veränderbarkeit der Situation, in der sie stecken, zu erfahren.

Letztlich bleibt aber das Unbehagen, daß die staatlich genehmigte Sozialpolitik, gerade dann, wenn sich diese Perspektive zu entwickeln beginnt, oder aber fortschrittlichere Betreuer sie zu entwickeln ermöglichen, diese Ansätze sofort zu unterbinden sucht. Vorgebracht werden dabei Argumente, die einerseits falsch sind, andererseits deren Inhalt besonders in Frage zu stellen ist: Wenn sozialpolitische Maßnahmen, um genehmigt zu werden, erst einer „Kosten-Nutzen-Analyse“ unterzogen werden müssen, wo bleibt hier der „soziale“ Inhalt? Was ist das für eine Sozialpolitik, die kapitalistische, betriebswirtschaftliche Nutzenrechnungen zur Voraussetzung hat – in einer Situation, in der es um die Entwicklung von Jugendlichen geht?



L.R. ■

# In Pleite hineinmanövriert

Der Ausgleichsverwalter Dr. Burger-Scheidlin hat die Belegschaft der Zellstofffabrik in Rechberg/Rebrca über die beabsichtigte Kündigung durch die Eigentümerin Frau Erker-Hocevar in Kenntnis gesetzt. Er erklärte weiter, daß der Ausgleich, der Ende Januar angemeldet worden war, nicht erfüllt werden könne und daß der Betrieb in Konkurs gehen werde. Durch den Konkurs, so erklärt man, wären die Chancen für die Übernahme des Betriebes durch eine neue Unternehmergruppe verbessert, da die Lohnkosten (inzwischen auf 50 Millionen angestiegen) aufgrund des neuen Insolvenzen-Lohnentgeltgesetzes von der öffentlichen Hand getragen würde. Auf jeden Fall hätte die „alte Dame“ mit einem ihrer „Tricks“ (Kurier, 10.2.1979) wieder einmal die Steuerzahler kräftig zur Kasse gebeten.

Sollte der Betrieb tatsächlich geschlossen werden, so ergäbe sich daraus mehrere harte Konsequenzen:

1. Für die unmittelbar Betroffenen, also für die Beschäftigten, wird es sehr schwer, für die Älteren faktisch unmöglich, neue Arbeitsplätze zu finden. In der näheren Umgebung besteht diese Möglichkeit schon gar nicht. Außerdem sind die Holzlieferanten hart getroffen.
2. Für die Gemeinde Eisenkappel/Zelezna Kapla brachte der Betrieb lebenswichtige Einnahmen, die nun wegfallen.
3. Das Gebiet wird in noch größerem Ausmaß zum Abwanderungsgebiet – es werden noch mehr Menschen auf der Suche nach Arbeitsplätzen abwandern.

## Arbeiter mehr als acht Monate an der Nase geführt

Alle diese Konsequenzen sind den „führenden Kräften“ in unserem Land offensichtlich nicht sehr am Herzen gelegen. Seit Sommer 1978 wird von der Eigentümerin nun schon Theater gespielt. Zunächst wurden die Arbeiter und Angestellten für drei Monate in Urlaub geschickt (wie im Februar 1978 auch schon für zwei Wochen), in der Hoffnung, im Oktober die Arbeit wieder normal aufnehmen zu können.

Daraus wurde jedoch nichts. Die Produktion wurde nicht aufgenommen, obwohl die Beschäftigten seit 2. Oktober pünktlich an ihren Arbeitsplätzen erscheinen. Die Löhne und Gehälter werden trotz Klagen nicht ausbezahlt, so daß die Beschäftigten Kredite mit 8,5% Verzinsung aufnehmen mußten, um überleben zu können.

Der Rücken der Arbeiter mußte bisher für einiges erhalten. Der Kärntner Heimatdienst fand darauf ein neues Betätigungsfeld – seinen „Abwehrkampf 1978“ gegen „Tito-Betriebe“ und „kommunistische Kolchosen“, die angeblich nur Kärntner Arbeitslose schüfen (nun haben wir diese, obwohl es keine „Kolchose“ gibt). Die Landespolitiker von Regierung und Opposition waren ebenfalls sehr beschäftigt: der Landeshauptmann war ständig in Sachen Betriebsansiedlung unterwegs (z.B. General Motors), die Opposition, um nicht daneben zu stehen, ging mit zahllosen „Vorschlägen“ hausieren. Auch Herr Stritzl und andere Chefredakteure fanden in Rechberg Stoff für seitenweise Berichte und Kommentare (wenn sie sich bemüht hätten, die Arbeiter etwas mehr zu Wort kommen zu lassen, wäre wenigstens etwas Nutzen davon).

## Einseitige Berichterstattung

Im Februar konnte man schon riechen, daß die Schuld für die herannahende Pleite den Arbeitern in die Schuhe geschoben werden sollte. Die Schaffung der entsprechenden öffentlichen Meinung besorgte der Ausgleichsverwalter Burger-Scheidlin in Zusammenarbeit mit der Kärntner Presse, die brav seine Untersuchungsergebnisse unter die Leser zu bringen wußte, ohne sie kritisch zu beleuchten. Als Ursache für die schlechte Lage wurden vor allem zu hohe Löhne und ein zu hoher Belegschaftsstand genannt. Die Eigentümerin dagegen habe „viel Geld hineingebuttert“.

Die Arbeiter berichten jedoch anderes.

Als der Betrieb 1974 noch 47 Millionen Schilling Profit abwarf, da vermied man sehr wohl, den Arbeitern die „Schuld“ dafür zuzuschreiben. Und auch daran, daß die 40-Stunden-Woche erst Anfang 1978 eingeführt worden war, waren nicht die Arbeiter „schuld“. Sie haben



also sehr viel „Verständnis“ für die Schwierigkeiten des Betriebes gezeigt – vielleicht zuviel, denn nun verlangt man von ihnen auch noch, ihre Kündigung, zumindest aber eine Lohnherabsetzung zu „verstehen“.

Wenn nun Vergleiche mit anderen Papierfabriken gezogen werden – wie mit Borregard bei Villach, über die ebenfalls Verkaufsverhandlungen geführt wurden – dann sind diese Vergleiche meist nicht zutreffend. Denn man vergißt, daß Borregard nur mit der Produktion beschäftigt ist, wogegen in Rechberg/Rebrca neben der unmittelbaren Produktion auch noch Vorbereitungs- und Transportarbeiten geleistet werden. Mit Produktivitätsvergleichen ist es ähnlich. Sie ist aufgrund einer veralteten Maschinerie tatsächlich etwas niedriger, dafür ist in den letzten Jahren die Intensität der Arbeit gestiegen, da keine neuen Arbeiter mehr aufgenommen wurden, um den natürlichen Abgang zu ersetzen. Das führte zu Erkrankungen und Frühpension. Man arbeitete oft sieben Tage hindurch in drei Schichten, durchschnittlich auch an zwei bis drei Sonntagen im Monat. Nur unter solchen Umständen konnten bis zu 10.000 Schilling verdient werden. Von wegen Jausenholen . . . Nur ein Beispiel für das Lohnniveau: ein Elektriker, seit 18 Jahren im Betrieb, verdient in der 2. Lohnstufe 7.200 Schilling netto! Die Presse jedoch schreibt von überhöhten Löhnen . . .

Warum schreibt sie nichts darüber, daß die Eigentümerin die Rechberger Gelder anscheinend zur Sanierung ihrer italienischen Betriebe verwendete und zum Bau von Hallen um Millionenbeträge, die nun leerstehen?

(Aus „Informationsbulletin der Slowenen in Österreich“, Nr. 1/Jg. 2, Jänner 1979.) ■

Mitte April konnte man aus der Presse zwei Meldungen entnehmen, die miteinander, außer dem zeitlichen Zusammenfall, nichts zu tun haben.

1. Die Firma Standard Elektrik Lorenz AG in Stuttgart, eine Tochter von ITT hat beschlossen, ihre Produktion von Farbfernsehgeräten in ihrem Wiener Betrieb Ingelen Mitte des Jahres 1979 einzustellen. 400 Beschäftigte verlieren dann ihren Arbeitsplatz. Grund: Die Lohn- und Nebenkosten in Österreich sind in den letzten Jahren gestiegen, dadurch sei die Wettbewerbsfähigkeit der Firma auf den Exportmärkten eingeschränkt worden. Die Produktion in Österreich ist für den Konzern unrentabel und wird verlegt. Der Betriebsrat hat protestiert und die Geschäftsführung hat zugesagt, Gespräche zur Milderung sozialer Härten zu führen. Mehr war aus den Zeitungen nicht zu entnehmen.

2. In Niederösterreich wurde ein Mann, der sich Kardinal Peter Albertus Magnus nennt, wegen Betrugsverdacht festgenommen. Der Mann stammt aus Bayern, war früher Bäckermeister und trägt den bürgerlichen Namen Benedikt Günther. Er gehört nicht der Katholischen Amtskirche an, sondern einer katholischen Sekte, die in Österreich nicht anerkannt ist und von einem sogenannten Gegenpapst Gregor dem 17. geleitet wird, der auch den Bäckermeister zum Kardinal ernannt hat. Und seither, das sind einige Jahre, zieht der Sektenpriester durch Bayern und Österreich und macht was andere Priester auch tun. Er liest Messen, vergibt Sünden, treibt den Teufel aus und verspricht einen Platz im Himmel – dafür nimmt er Geld, Spenden für seine Kirche. Jetzt ist er verhaftet und die Polizei sucht Geschädigte, aber es meldet sich niemand. Der Mann hat zwar von kleinen Leuten viel Geld genommen und hat auch Bankkonten, doch die Leute fühlen sich nicht betrogen. Was nicht wundert: wenn sich jemand entschließt, zu glauben, so fragt er nicht nach der amtlichen Berechtigung seiner Priester – war ja schon immer so. Und wenn er Geld spendet für sein Seelenheil nach dem Tod, so kann er frühestens dann feststellen, ob er betrogen wurde oder nicht. Den offiziellen Katholiken geht es da nicht anders.

Warum ich die beiden Sachen in Verbindung bringe. Weil mir dabei aufgefallen ist, wie die Massenmedien Dinge bewerten und wie sie die Dinge von ihren Lesern bewertet haben wollen.

Die Schließung der Firma Ingelen und der Verlust von 400 Arbeitsplätzen war der „Kronzeitung“ eine Notiz von 18 Zeilen wert. Die Verhaftung des „Kardinals“ vier Artikeln an vier auf-

# alltägliche geschichten

einanderfolgenden Tagen mit insgesamt fünf Fotos und fast 400 Zeilen. Bei anderen Zeitungen habe ich's nicht gezählt, es war aber ganz ähnlich – auch bei der „AZ“ und der „Volksstimme“.

## Lingens der Leserbriefmeister

Es gibt genug Beispiele dafür, daß Herr Lingens Meister im Handhaben von Leserbriefen ist. Er hat erkannt, daß die drei, vier Leserbriefseiten nicht nur die billigsten sind, sondern daß man auch ausgezeichnete Politik (große und kleine Verkaufspolitik) machen kann. Man muß nur richtig auswählen, reihen, kürzen, bestellen, schreiben lassen und auch in den Papierkorb schmeißen können.

Für die letzte Behauptung habe ich nachstehend ein schönes Beispiel. In der Nr. 10/79 berichtet das Profil über das Auftauchen einer Zeugin für die Behauptung, daß vor den letzten Wiener Gemeinderatswahlen von Mitgliedern der Jungen Generation der SPÖ nachgemachte „Kurier“-Exemplare in „Kurier“-Verkaufstaschen gesteckt wurden. Die Leser werden sich erinnern: im Oktober 1978 fand man in den „Kurier“-Taschen ein Druckwerk mit Anti-ÖVP und Anti-Kuriermaterial, welches sich der äußeren Form des „Kuriers“ bediente. Der „Kurier“ erstattete Anzeige gegen unbekannte Täter und die JG der SPÖ wurde verdächtigt. Die Nachforschungen der Polizei waren ergebnislos. Nun meldete sich beim „Kurier“ eine Zeugin, kassierte die versprochene Prämie und erzählte, daß sie in einem Kaffee im 7. Bezirk ein Gespräch belauschte aus dem sich Hinweise auf die Täter ergaben. Bevor diese Frau in das Kaffeehaus ging war sie im Kulturzentrum Spittelberg (Amerlinghaus) bei einer Dichterlesung. Diese Tatsache genügte dem Profil ihren Bericht mit einem Bild des Amerlinghauses und der Unterschrift „Treffpunkt Amerlinghaus“ aufzumachen. Was die Mitarbeiter des Amerlinghauses von dieser Art von Jour-

nalismus halten, schrieben sie in satirischer Art als Leserbrief an das Profil. Der Leserbrief (siehe unten) war von acht Mitarbeitern des Hauses unterschrieben. Er wurde nicht veröffentlicht und auch in keiner Weise beantwortet.

Wir finden er sollte wenigstens eine kleine Öffentlichkeit erreichen.

7. März 1979

Werte „Profil“-Redaktion,

herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Artikel „Eine Zeugin taucht auf“ über die Affäre um die gefälschten „Kurier“-Exemplare. Er ist ein mustergültiges, in die Zukunft weisendes Beispiel für modernen Journalismus. Sie haben erkannt, was die Leute interessiert: nicht so sehr trockene, staubige Tatsachen, sondern farbige, die Phantasie anregende Hintergrunddetails, die geeignet sind, die Zahl der Personen und Einrichtungen, die „ins Gerede“ kommen, möglichst groß zu halten. Hier sollte es keine Schranken geben.

Besonders gut gefällt uns, daß Sie erwähnen, daß die Zeugin, bevor sie in der Mondscheingasse ein Gespräch belauschte, im Amerlinghaus war und auch ein Bild unseres Hauses bringen. Altmodische Befürworter eines seriösen Journalismus könnten einwenden, daß dadurch eine vollkommen unbeteiligte Einrichtung unterschwellig in den Verdacht kommen könnte, Treffpunkt für Leute zu sein, die ungesetzliche Handlungen begehen. Aber dieser Einwand ist eben altmodisch und außerdem kann sich eine Zeitung nicht um alles kümmern – wichtig ist, daß der Leser animiert wird, sich selbst was zusammenzudenken.

Um Ihnen zu helfen, in dieser Richtung weiterzumachen, wollen wir Sie über einige Details informieren, die der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen:

1. Der Reziationsabend war ein Brecht-abend. Dazu ist interessant, daß Brecht vor seinem Tod (da gab es die JG in der SPÖ schon) mehrmals öffentlich (!) die bürgerliche Presse angriff.

2. Als die Zeugin vom Amerlinghaus in die Mondscheingasse ging, muß sie an der Z-Filiale in der Siebensterngasse vorbeigekommen sein. Man sollte ein Foto bringen und auch erwähnen, daß bei diesem Geldinstitut nicht nur das Amerlinghaus ein Konto hat, sondern auch einige stadtbekanntes JG-Mitglieder.

3. Ebenfalls in der Siebensterngasse befindet sich ein Geschäft, in dem nachweislich zur Zeit des feigen, nächtlichen Anschlages auf den „Kurier“ ein Mann beschäftigt war, der schon vorher beim Lesen der Kontaktanzeigen im „Kurier“ vor Zeugen ausrief: „das ist ein Scheißblatt,“ Dieser Mann war in den frühen fünfziger Jahren Mitglied der Sozialistischen Jugend bzw. hatte Kontakt mit den Mitgliedern dieses Vereins. Und – jetzt schließt sich der Kreis – er wurde im Oktober oder November beobachtet, wie er im Beisl des Amerlinghauses ein Bier (Krügel) trank und dabei mit einem bärtigen, jungen Mann sprach.

Wir hoffen, Ihnen bei der Weiterentwicklung des Journalismus geholfen zu haben und rufen Ihnen zu: nur weiter so, Sie werden schon sehen, wohin das führt!

#### Acht Unterschriften

#### Wackerplatz soll erhalten bleiben, dafür werden aus Sportplätzen vor Schönbrunn Parkplätze

Der Kampf des Komitees „Rettet den Wackerplatz“, sie haben in den letzten Monaten rund 20.000 Unterschriften gesammelt und eine Menge Aktionen durchgeführt um zu verhindern, daß auf dem Wackerplatz in Meidling Hochhäuser gebaut werden, scheint Erfolg zu haben. Jedenfalls hat Stadtrat Schieder erklärt, daß die Erhaltung des Platzes so gut wie sicher ist. Doch wie schaut seine Lösung aus? Die Sportplätze vor dem Schloß Schönbrunn sollen zusätzlichen Parkplätzen weichen und die Benützer der Anlagen, die Union und die Bundessportorganisation, sollen auf den Wackerplatz übersiedeln, der auch an einigen Tagen der Bevölkerung zur Verfügung stehen soll. Wir wollen den Erfolg und die Freude der Meidlinger Bürgerinitiative nicht schmälern, aber die Wiener Stadtverwaltung hat wirklich keinen Grund, auf diese Lösung stolz zu sein.

#### Freund und Helfer

Der Burggarten in Wien und dort besonders die Fläche vor dem Gewächshaus mit den alten Steinballustraden sind in der schönsten Jahreszeit ein beliebter Treffpunkt für jung und alt. Vor allem

jüngere Leute treffen sich dort, sonnen sich, plaudern, manchmal hat einer eine Gitarre mit und es wird gesungen. Im Gegensatz zum Rest der Welt (Rom, Mailand, London, Paris wo ich es aus eigener Erfahrung weiß) ist es in Wien verboten, sowohl im Rasen zu lagern als auch auf „Denkmälern“, und dazu zählen angeblich die Stufen und die Ballustraden, zu sitzen oder zu lehnen. Da den meisten Polizisten dieses Verbot etwas lächerlich vorkommt, wurde es in der Vergangenheit nur fallweise und lässig gehandhabt. Wenn sich die Leute ansonsten ruhig und brav verhalten! Wenn aber einige diese Gnade nicht zu schätzen wissen, dann wird ihnen die Macht der grünen Männchen gezeigt.

So auch am vergangenen Ostermontag, einen der ersten Tage mit sonnigem Wetter in diesem Jahr. An die hundert Menschen liegen, stehen, sitzen, lehnen im Burggarten vor dem Gewächshaus (der Platz ist geschottert) seit Stunden ungestört. Aber da – einer geht laut Gedichte aufsagend vor seinem Publikum auf und ab. Den Leuten ist's recht, sie finden es lustig. Nicht lustig finden es zwei Polizisten aus dem an den Burggarten angrenzenden Wachzimmer. Ob's nun die Texte (Büchner, Brecht) waren oder sonstwas, wer weiß? Sie amtshandeln jedenfalls. „Des ist verboten, weisens ihna aus!“ Der Mann, sein Vater ist übrigens Burgschauspieler, nimmt's nicht so ernst wie er sollte. Ausweis? ja hab ich überhaupt einen? Natürlich hat er einen, er will ihn auch gleich herzeigen, aber er kommt nicht dazu. Festgenommen und festgehalten wird er in die Wachstube Goethegasse befördert.

Er glaubt zu wissen, daß sein eventuelles Delikt für eine Festnahme nicht ausreicht, nochdazu wenn er sich ausweisen kann. Er hat sich offensichtlich geirrt, aber die anderen sechzig, siebzig Leute

sind der gleichen Meinung und begeben sich zur Wachstube, um dies dort kundzutun.

Jetzt hätte ein halbwegs vernünftiger Postenkommandant die Personalien des Festgenommenen aufgenommen und diesen so schnell als möglich wieder weggeschickt, dann wäre nämlich wieder blitzschnell die Osterruhe in der verschlafenen Goethegasse eingeleitet. Doch unsere Freunde und Helfer hatten wieder einmal das dringende Bedürfnis, ihre Macht zu zeigen.

Minuten später war die Verstärkung da, sechs Einsatzfahrzeuge und zwei Arrestantenwagen. Die Gasse wurde abgesperrt und unsanft geräumt. Wie immer fand man es nicht für notwendig zwischen Demonstranten und neugierigen Touristen bzw. unbeteiligten Spaziergängern zu unterscheiden. Und weil man schon dabei war, wurden auch gleich sechs bis zehn weitere durchwegs junge Leute wegen „Störung der Ordnung“ und „Fortsetzung einer strafbaren Handlung“ festgenommen. Das Ganze spielte sich zwischen 15 und 15.30 Uhr ab. Bald darauf, nachdem sich der Auflauf verlaufen hatte, wurden die Festgenommenen auf das Bezirkskommissariat Deutschmeisterplatz überstellt, dort der Reihe nach mit je S 1.000 bestraft, und nach rund 7 Stunden um 22 Uhr freigelassen.

Wie soll man solch eine Vorgangsweise nennen? Ich nenn' sie, im vollem Bewußtsein was das Wort bedeutet, Polizeiwillkür!

Und ich meine, daß die Verwaltungsstrafen angefochten werden sollen, daß die Verurteilten unsere Solidarität verdienen, auch wenn es dabei nicht um große Politik geht, und daß die Verantwortlichen schnell diese Parkordnung ändern sollten, um sich nicht weiter lächerlich zu machen.

Herbert Brunner ■



# Forderungen aus den Betrieben sind das Programm der Gewerkschaftlichen Einheit

Kollege Walter Stern ist Arbeiterbetriebsratsobmann der Firma Goerz-Electro. Seit langem ist er der Vertreter der GE in der Landesleitung Wien der Gewerkschaft Metall – Bergbau – Energie und Arbeiterkammerrat der GE. Die Redaktion der „alternative“ (Zeitung der Gewerkschaftlichen Einheit) hat ihn zu einigen Problemen im Zusammenhang mit der Arbeiterkammerwahl befragt.

„alternative“: Walter, Du bist unser Vertreter in der Arbeiterkammer. Hast Du überhaupt Einflußmöglichkeiten?

W. Stern: Ich werde immer wieder gefragt, ob es sinnvoll ist, als „Ein-Mann-Fraktion“ in der Kammer zu wirken. Selbstverständlich wäre es besser, wenn mehr GE-Vertreter im Interesse der Arbeiter und Angestellten in der Kammer aktiv sein könnten. Natürlich konnte eine kleine Minderheit die Politik in der Kammer nicht entscheidend beeinflussen. Ich habe mich daher vor allem damit beschäftigt, Probleme der arbeitenden Menschen durch Beiträge und Anträge immer wieder zur Diskussion zu stellen, die sonst vielleicht unter den Tisch gefallen wären. Als Betriebsrat kenne ich die Sorgen der Kollegen im Betrieb und kann wichtige Anliegen vorbringen, ungeachtet, ob es einer Partei paßt oder nicht.

„alternative“: Das Ergebnis der AK-Wahl bestimmt nicht nur die Zusammensetzung der Arbeiterkammern, sondern hat doch sicher auch darüber hinaus eine Wirkung. Wie siehst Du das?

W. Stern: Das Wahlergebnis zeigt an, wie viele Arbeiter, Angestellte und Verkehrsbedienstete mit der nachgiebigen Politik des ÖGB unzufrieden sind und eine konsequente Politik gegenüber den Unternehmern wünschen.

Dabei sprechen wir nicht nur die parteilosen Kolleginnen und Kollegen an, sondern vor allem jene Sozialisten, die für eine sozialistische Klassenpolitik eintreten. Es ist mir klar, daß diese bei den Nationalratswahlen ihre Partei wählen werden, um die SPÖ-Mehrheit nicht zu gefährden. In den Arbeiterkammern ist es anders, dort hat die SPÖ eine Zweidrittelmehrheit. Mehr GE-Vertreter in den Arbeiterkammern könnten bewirken, daß sich diese Mehrheit mehr als bisher der Sorgen der arbeitenden Menschen annimmt. Das sollten links eingestellte Kollegen in der SPÖ ebenfalls bedenken.

Weiters soll nicht übersehen werden, daß trotz Verbesserungen des Lebensstandards, des Ausbaues der Sozialleistungen die Grundprobleme unserer Gesellschaft nicht gelöst wurden. So zum Beispiel:

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das in vielen Ländern zur grausamen Realität geworden ist, konnte nicht gebannt werden.

Die Verschmutzung, ja sogar die Zerstörung der Umwelt nimmt bedrohliche Formen an.

Streß und Krankheitserscheinungen steigen durch den Druck der sogenannten Leistungsgesellschaft an.

Die Diffamierung der Solidarität in einer Gesellschaft, die die Konkurrenz jeder gegen jeden fördert, führt zu immer stärkerer Entfremdung der Menschen untereinander.

Und schließlich hat sich auch an der ungerechten Einkommensverteilung nichts geändert.

Mit der Unterstützung der GE bei der Arbeiterkammerwahl soll unterstrichen werden, daß die Lösung der Probleme zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften und Arbeiterkammern gehört.

„Mehr klassenbewußte Vertreter in die Arbeiterkammer“

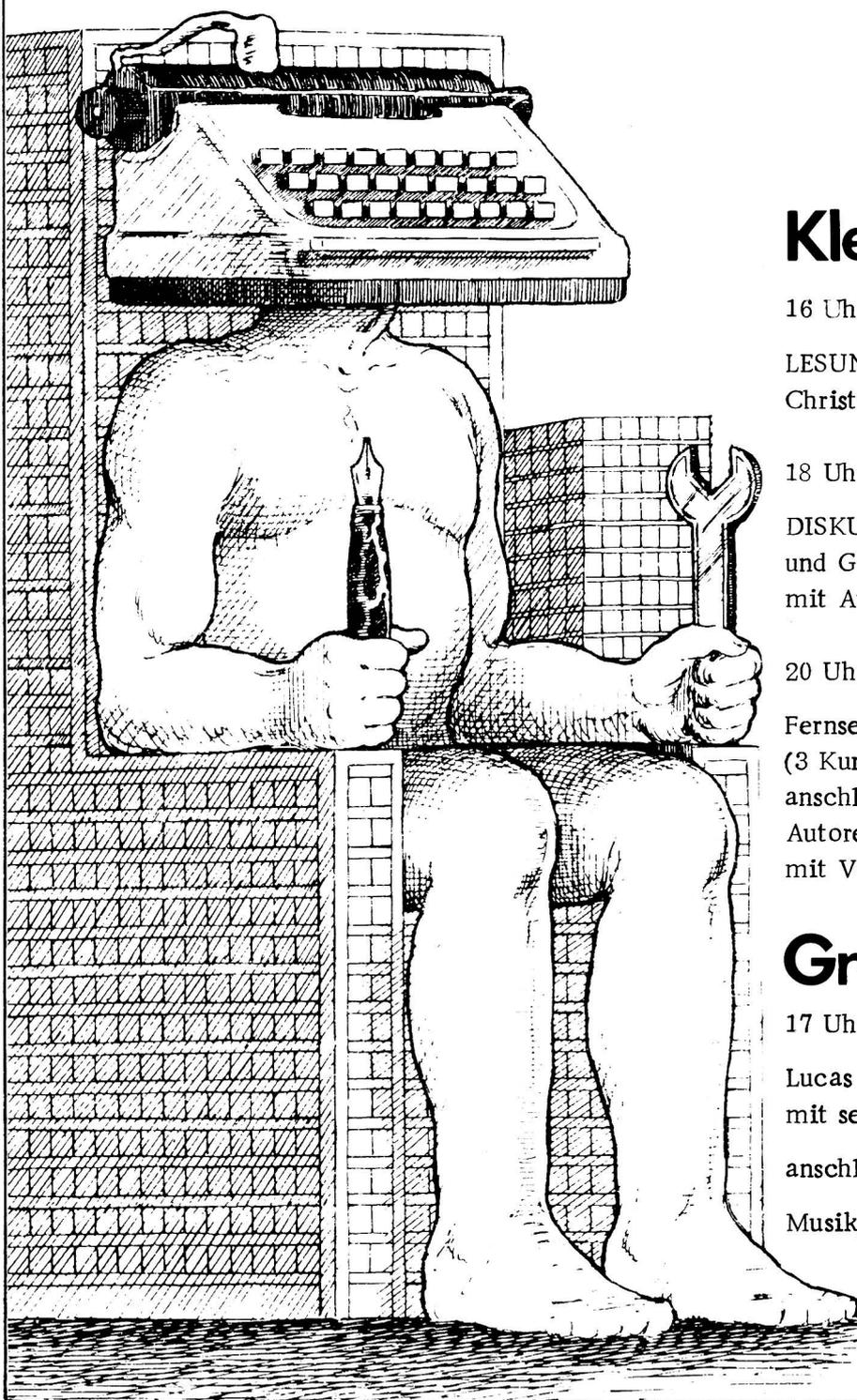
Kollege Walter Stern verwies bei der Bundeskonferenz der Gewerkschaftlichen Einheit eingangs darauf, daß in den letzten fünf Jahren durch die Tätigkeit der Arbeiterkammer beachtliche Fortschritte erzielt wurden, daß aber „trotz dieser Verbesserungen in großen Bereichen der Arbeiter- und Angestelltenschaft ein tiefes Unbehagen mit der Gewerkschaftspolitik und auch mit der Regierungspolitik zu verzeichnen ist“. Der wesentliche Grund für unsere Kandidatur, führte Kollege Stern weiter aus, „liegt darin, daß wir in der AK die Möglichkeit sehen, durch verstärkte Tätigkeit, durch mehr Kammerräte der GE, stärker als bisher unserer Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Wir machen uns keine Illusionen über unsere Stärke. Wir sind, glaube ich, bescheiden genug, festzustellen, daß wir all die Probleme, die auf uns zukommen und in denen wir im Moment stecken, nicht allein lösen können. Eine Lösung ohne ein Nach-Links-Drängen der sozialistischen Fraktion und damit der sozialistischen Kammer- und Gewerkschaftspolitik kann es nicht geben. Aber ein Nach-Links-Drängen wird nur dann eintreten, wenn die Linke innerhalb der AK und der Gewerkschaft und nicht wenn die Rechte stärker wird. Das zu erreichen wird unsere Aufgabe bei den kommenden AK-Wahlen sein.“

Nicht vergessen: 9. und 10. Juni 1979

## Gewerkschaftliche Einheit (GE) Liste 5

# Kunst & Arbeitswelt

Veranstaltung der GE am 27. Mai 1979 ab 16 Uhr  
im Haus der Begegnung 1060 Wien, Königseggasse 10



## Kleiner Saal

16 Uhr

LESUNGEN: Peter Turini, Peter Henisch,  
Christine Nöstlinger, Gerhard Ruis u. a.

18 Uhr

DISKUSSION: Literatur, Arbeitswelt  
und Gewerkschaft  
mit Autoren, Vertreter von ÖGB und GE

20 Uhr

Fernsehen und Arbeitswelt  
(3 Kurz-TV-Filme)  
anschließend Diskussion  
Autoren und Produzenten von TV-Filmen  
mit Vertretern von ÖGB und GE

## Großer Saal

17 Uhr

Lucas Resetarits  
mit seinem neuen Programm  
anschließend Film: Lohn und Liebe  
Musikprogramm

Das „Extrablatt“, dessen Nullnummer vor ziemlich genau zwei Jahren erschienen ist, geht auf den Versuch einiger kritischer junger Journalisten zurück, ein linksliberales, zur etablierten österreichischen Presse alternatives, dennoch aber kommerziell orientiertes Magazin herauszubringen. – Ein zweijähriges Bestehen bietet sicher die Gelegenheit, eine erste Bilanz zu ziehen. Dazu kommt, daß spätestens seit letztem Herbst von einer Krise innerhalb der Redaktion gesprochen werden muß, die schließlich dazu geführt hat, daß einige feste Mitarbeiter seit der April-Nummer des „Extrablattes“ nicht mehr im Impressum aufscheinen. Über die Probleme des „Extrablattes“ sprachen wir mit einem der jüngst ausgeschiedenen Journalisten sowie mit dem Chefredakteur.

## Das „Extrablatt“ wurde sehr bald ein seltsamer Bastard . . .

Gespräch mit Robert Wiesner, „Extrablatt“-Redakteur von der Nullnummer (Mai 1977) bis zur Nr. 3/1979

*offensiv links: Bereits kurz nach Erscheinen der Nullnummer des „Extrablattes“, von der sehr viele Leute begeistert waren, fingen erste Konflikte innerhalb der Redaktion an, dann verschärfte sich die finanziellen Schwierigkeiten – zirka Oktober letzten Jahres –, dann diese etwas spektakuläre Titelblatt-Affäre zu Weihnachten und etwa gleichzeitig hörte man von den ersten Frustrationen von Mitarbeitern wegen mangelnder Honorarzahungen. Wie kannst du deinen Eindruck von der Entwicklung des „Extrablattes“ zusammenfassen?*

**Robert Wiesner:** Es gibt einerseits objektive Schwierigkeiten, ein Blatt zu machen, in der Art, wie das „Extrablatt“ konzipiert war, ein kritisches Blatt, ein Blatt, das die Themen aufgreift, die andere Zeitschriften nicht aufgreifen bzw. anders behandelt als man es gewohnt ist. – Ein sehr ambitioniertes Projekt. Man muß leider feststellen, daß im Laufe der Zeit einige Ambitionen verlorengegangen sind und natürlich sich auch manches als undurchführbar herausgestellt hat: Man kann nicht mit den ökonomischen

Beschränkungen, die notwendigerweise für so ein Blatt gegeben sind, eine Superredaktion haben; man kann sehr schwer erfahrene, langgediente aber trotzdem kritische innenpolitische Journalisten einkaufen, weil die halt sehr teuer sind.

*offensiv links: Du hast gesagt, Ambitionen seien verlorengegangen. Lag das hauptsächlich an diesem ökonomischen Faktor?*

**Wiesner:** Ich glaube nicht. Das „Extrablatt“ wurde sehr bald ein seltsamer Bastard. Es gibt zwei Extremfälle, wie so ein Medium konzipiert werden kann: Einerseits die Möglichkeit, daß das Zeitungsprojekt im Vordergrund steht, wo die Beteiligten fehlende materielle Leistungen, fehlende technische Annehmlichkeiten, wie z.B. ein Archiv, das von etlichen Leuten betrieben wird usw., einfach schlucken, weil sie genug durch das Projekt motiviert sind. Im Gegensatz dazu eben ein normales bürgerliches Unternehmen, wo die Leute unter der Fuchtel eines Chefredakteurs arbeiten müssen, wo ihnen Inhalte aufgezwungen oder wegradiert werden, wo es aber ökonomisch einigermaßen funktioniert. Das „Extrablatt“ hat sich im Laufe der Zeit, wie ich schon sagte, zu einem eigenartigen Bastard ent-

wickelt, der auf der ökonomischen Seite, von den Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter her, durchaus Elemente eines bürgerlichen Medienbetriebs hat. D.h. es ist ein Chefredakteur da, der sich voll mit dem Blatt identifiziert, der vieles was er tut einfach anderen nicht zutraut, der, wie er ausdrücklich gesagt hat, die letzte Entscheidung über das, was ins Blatt kommt, immer sich selbst vorbehält. Auf der anderen Seite, die die Lage der Mitarbeiter des Unternehmens betrifft, hat es aber alle Eigenschaften eines notleidenden linken Projektes. Das klaffte dann irgendwann einmal auseinander. Die Motivation, die ursprünglich bei den Leuten da war: ‘das ist eine Zeitung, die machen wir alle zusammen, da bestimmen wir voll den Inhalt mit’, hat sich als falsche Annahme erwiesen. Aber dafür hat es kein sorgloses Leben gegeben, dafür gab es keine regelmäßigen Honorarzahungen usw., die eben in einem bürgerlichen Unternehmen, wo man um Inhalte streiten muß, schon gegeben sind.

Es ist sicherlich richtig, daß Harald Imberger einer von gar nicht so vielen Leuten war, die in der Lage waren, so ein Projekt überhaupt ins Rollen zu bringen. Es ist sicherlich seinem Einsatz, seiner Erfahrung und wahrscheinlich auch seiner relativ großen Risikobereitschaft zu verdanken. Auf der anderen Seite war dieses starke Engagement, diese starke Identität, die er zwischen sich und dem „Extrablatt“ gesehen hat, ein wesentliches Element, das das Blatt dann in Schwierigkeiten gebracht hat. Denn so motivierend seine Energie

am Anfang war, so demotivierend wurde es für einige Kollegen früher, für andere später, wenn er gesagt hat, das ist 'sein Blatt'. Es gab ja auch Ereignisse, die das ganze auch noch juristisch abgesichert haben. Z.B. – das ist erst vor kurzem passiert –, daß er und Kurt Traar<sup>1</sup> sich auf ihre beiden Namen den Titel "Extrablatt" schützen ließen – den Titel einer Zeitschrift, die von einer großen Zahl von Leuten auf die Beine gestellt wurde.

*offensiv links: Uns würde die ökonomische Seite noch etwas mehr interessieren. Ist der Markt in Österreich für ein so aufwendig gestaltetes Presseprodukt nicht zu klein? War das "Extrablatt" in dieser Aufmachung nicht von allem Anfang an eine Fehlkalkulation?*

**Wiesner:** Eine Fehlkalkulation war am Anfang auf jeden Fall dabei. Die Nullnummer war ja die aufwendigste mit Glanzpapier und einem starken Deckel rund herum usw., das waren sicher Mätzchen, die man ökonomisch nicht halten konnte. Es wäre aber in Österreich möglich gewesen und ist, glaube ich, nach wie vor möglich, ein Blatt zu schaffen, das von kritischen Liberalen bis zu Linken eine breite Palette von Leuten anspricht. Noch dazu beim Zustand der SPÖ-Partei, die ja auch nur zum Teil das Informationsbedürfnis befriedigt. D.h. man müßte durchaus auch aus dem Bereich der überzeugten SP-Mitglieder ein große Anzahl von Lesern kriegen können, mit einem Blatt eben, das Information anbietet, die man sonst nirgends findet. Man hat nun gesagt, um das vermarkten zu können, muß man es auch entsprechend aufwendig machen, Vierfarbseiten reingeben usw. Ich kann schwer einschätzen, ob dies ein Fehler war. – Sicherlich kostet sowas viel. Man müßte einmal ausprobieren, ob man wesentlich weniger Leute anspricht, wenn man auf Farbseiten usw. verzichtet, aber schließlich schauen sich ja auch Linke gern bunte Bilder an.

*offensiv links: Es besteht doch eine relativ große Mitarbeiterfluktuation, die verstärkt ja noch die Probleme?*

**Wiesner:** Auf jeden Fall. Die Fluktuation wäre meines Erachtens vermeidbar gewesen. Durch den ersten Umschwung vom demokratisch organisierten Projekt zu Strukturen, die gar nicht mehr so beispielhaft demokratisch waren, hat man sich eben nach und nach Leute verprellt; sehr gute Leute und durchaus nicht notwendigerweise. Die Fluktuation hat außerdem noch den Grund gehabt, daß Harald Irnberger versucht hat, seine Position durch Personalpolitik zu stärken.

*offensiv links: Gibt es noch die Konstruktion, daß die Mitarbeiter am "Extrablatt" finanziell beteiligt sind?*

**Wiesner:** Es gibt nach wie vor die "Extrablatt"-Verlagsgesellschaft, die als Eigentümer des Blattes aufscheint. Durch die Fluktuation hat sich ergeben, daß von den tatsächlichen Mitarbeitern kaum jemand in dieser Gesellschaft vertreten ist. Schwerwiegender ist, daß die "Extrablatt"-Gesellschaft insgesamt an Bedeutung verloren hat. Es gibt Übernahmeverträge durch eine andere Gesellschaft – die noch nicht in Kraft getreten sind – die der "Extrablatt"-Gesellschaft die Verfügungsgehalt überhaupt entziehen.

*offensiv links: Wenn man sich deine Äußerungen so anhört, so ist an allem irgendwie Harald Irnberger schuld. Da ist die Frage berechtigt, hatte die Blattentwicklung nicht auch eine Eigendynamik? Die Leute der ersten Stunde waren doch gerade durch finanzielle Einlagen gleichberechtigt. Wieso konnte nicht verhindert werden, daß der Chefredakteur so eine überragende Position erlangte?*

**Wiesner:** Es war sicher nicht nur Schuld von Harald Irnberger, sondern genauso unsere Schuld, daß wir das einreißen ließen. Es hat nach und nach Marksteine von dieser Entwicklung hin gegeben und wir haben dem viel zu lange zugeschaut, sind viel zu lange untätig geblieben. Als wir jetzt versucht haben, das grundsätzlich zu ändern, war es zu spät: es waren die Strukturen zu verfestigt. Wir haben am Anfang aus Begeisterung über das Projekt die konkreten Redaktionsstrukturen vergessen.

*offensiv links: Ist es nicht so, daß Irnberger auch die ökonomische Seite so weit verantwortete, daß, wenn eine finanzielle Pleite eintreten sollte, er geradestehen muß?*

**Wiesner:** Es stimmt schon, daß er als Geschäftsführer für etwaige wirtschaftliche Pannen die Verantwortung in einem großen Ausmaß tragen müßte. Nur: wenn man von den Fällen absieht, die strafrechtlich relevant sind, spielt ja keine Rolle. Ein „solider Konkurs“ sozusagen ist ja für alle gleich peinlich. Der Geschäftsführer kommt da nicht ins Gefängnis aber das Unternehmen wird liquidiert. Das ist für jeden der dort schreibt und sich viel von dem Projekt versprochen hat genauso tragisch wie für einen, der dort Chefredakteur war. Ich glaube auch nicht, daß eine größere Partizipation der Mitarbeiter das Blatt in den Ruin getrieben hätte, wie Harald Irnberger manchmal behauptete. Im Gegenteil: Die autokratischen Strukturen haben eben gute Leute vergrämt und vertrieben, wahrscheinlich hat das Blatt gerade dadurch Leser verloren.

*offensiv links: Nun zur „Titelblatt-Affäre“. Ganz sauber war das sicher nicht, aber es wären zwei verschiedene Aspekte denkbar: Ist Harald Irnberger via Frauen der linken Rache ausgeliefert worden oder steckte da wirklich ein gewisses Blinzeln, ein Abtasten – geht's durch, geht's nicht durch? – hinter dem Dezembertitelblatt?*

**Wiesner:** Es hat über das Titelblatt in der Redaktion sehr heftige Diskussionen gegeben. Wir haben es kritisiert, es haben sich sehr bald natürlich auch Frauen zu Wort gemeldet, es sind Briefe gekommen. Da an dem Dezemberheft nichts mehr zu ändern war, nachdem die ganze Auflage schon gedruckt war, als wir den Titel gesehen haben, haben wir gesagt, da muß zumindest im nachhinein im nächsten Heft für Leserbriefe und für eine kritische Stellungnahme der Redakteure, deren Namen ja im Blatt steht, Platz sein. Das ist mit faden-scheinigen Argument, 'wir haben keinen Platz' abgelehnt worden. Da hat Irnberger so eine Art medialer Großmannsucht bewiesen, so die Geisteshaltung, 'was nicht im „Extrablatt“ steht, ist kein Problem'. Gerade dadurch ist dem „Extrablatt“ eine große Chance verlorengegangen, man hätte von diesem Anlaßfall ausgehend endlich die Probleme der Frauenvermarktung und auch der Vermarktung eines linken Medienproduktes diskutieren können. Wir sind dadurch, daß so ein übles Titelblatt über unsere Köpfe hinweg produziert wurde, und wir keine Möglichkeit hatten, dazu eine Stellungnahme im Blatt ab-zudrucken, draufgekommen, wie weit die Degeneration des ursprünglichen Projekts schon fortgeschritten ist. Insofern war das Titelblatt nicht der Grund, sehr wohl aber der Anlaß für die weiteren Auseinandersetzungen.

Dann haben wir – viel zu spät – angefangen zu überlegen, wie man primitive Elemente innerredaktioneller Demokratie schriftlich verankern könnte. In der Situation der seinerzeitigen Euphorie und der großen Freundschaft, die zwischen uns allen geherrscht hat, haben wir auf Abmachungen wie Mitarbeiterverträge, Redaktionsstatute usw. einfach vergessen.

Der Konflikt hat aber auch noch eine andere Seite gehabt, die Honorare. Große Verzögerungen in den Auszahlungen hat es ab Herbst 1978 gegeben, die aber den Mitarbeitern auf eine sehr eigenartige Weise bekannt geworden sind. Nicht, daß man sich etwa in einer Krisensitzung getroffen, eine schöne Rede geschwungen, an das Verständnis und die Opferbereitschaft der Mitarbeiter appelliert hätte, sondern es war halt einfach nichts am Konto. Dann ist erzählt worden, ja wir haben das doch überwiesen, wo kann das Geld denn nur geblieben sein? Dieses Verhalten ist wohl auch symptomatisch, es ist eben

<sup>1</sup> Verlagsleiter des „Extrablattes“.

ein Verhältnis von Chef zu Angestellten, die wir nicht einmal waren, eingerissen. Im Gegensatz zu den sonstigen Lieferanten, wie dem Drucker usw., die einfach gesagt haben, wenn nicht gezahlt wird, platzt ein Wechsel, kommt eine Klage, geht das Unternehmen ein, haben wir gesagt, es ist halt schwer, wir müssen warten – und haben nichts gekriegt.

Wenn man den Konflikt, den es gegeben hat und den es eigentlich noch immer gibt, anständig bereinigt hätte, hätte man sozusagen noch einmal durchstarten können. Dazu wäre Voraussetzung gewesen, daß Irnberger von sich aus Verhältnisse wiederhergestellt hätte, wie sie etwa im Idealfall bei der Nullnummer geherrscht haben. Irnberger hat sich aber auf seine Machtbefugnisse versteift. Da haben sich dann ein gutes Dutzend Mitarbeiter gesagt, das ist eigentlich nicht mehr das Blatt, wofür wir am Anfang gearbeitet, uns engagiert haben. Da kann man auch woanders arbeiten.

*offensiv links: Welche Lehren sind aus der Entwicklung des „Extrablattes“ zu ziehen?*

*Wiesner:* Wenn auch das Modell „Extrablatt“, wie es am Anfang konzipiert war, zu einem guten Teil gescheitert ist, beweist das überhaupt nicht, daß sowas an sich in Österreich unmöglich ist. Es ist sicher wahnsinnig schwer und man wird es auch nicht morgen wieder versuchen können. Aber nachdem soviel subjektive Gründe dafür ausschlaggebend waren, daß es mit dem „Extrablatt“ soweit gekommen ist, heißt das ganz

klar, daß so ein Projekt nicht notwendigerweise scheitern muß. Wir, die wir zum Teil von Anfang an mitgearbeitet haben, haben sicher – abgesehen davon, daß es eine sehr günstige Möglichkeit war, sich journalistisch zu qualifizieren – Erfahrungen gesammelt. Eine der wesentlichsten ist: man muß bereits von Anfang an verbindliche Strukturen festlegen und bei jeder Degeneration ursprünglicher Vereinbarungen aufpassen, daß sie keine Eigendynamik bekommt.

*offensiv links: Wie wird's beim „Extrablatt“ weitergehen?*

*Wiesner:* Ich persönlich habe mich entschlossen, solange nicht mehr mitzuarbeiten, solange dort nicht andere Zustände herrschen. Es gibt andere Leute, denen das weniger ausmachen dürfte, die vielleicht auch in einer ähnlichen Situation wie wir am Anfang sind: die halt nur das Positive – und das gibt's nach wie vor – sehen und viel zuwenig Augenmerk auf die Fehlkonzeption legen.

Wie das „Extrablatt“ insgesamt weiterlaufen wird, weiß ich nicht. Ich habe deswegen gewisse Befürchtungen, weil Harald Irnberger ein recht unkritischer Mensch ist. Ich kann mich erinnern, er hat von Nummer zu Nummer erzählt, das Blatt sei besser geworden, angefangen von der Nullnummer. Von dieser Haltung her hat er auch eine Diskussion darüber, weshalb wir Leser verlieren, als destruktiv eingeschätzt. Diese unkritische Haltung gegenüber dem eigenen Produkt wird dem „Extrablatt“ noch viele Schwierigkeiten bereiten.

unter solchen Bedingungen zu machen, wie wir sie vorgefunden haben, ist sicherlich etwas, was zu Reibungen und Spannungen führt. Das zieht notwendigerweise nach sich, daß immer wieder Leute abfallen und ersetzt werden müssen.

*offensiv links: Es ist aber doch Vergleichbar mit anderen Redaktionen eine ziemlich hohe Mitarbeiterfluktuation feststellbar. Der letzte Konflikt, der seit etwa Oktober 1978 geschwelt hat, wurde, wenn wir richtig informiert sind, damit beendet, daß circa 12 Leute dem „Extrablatt“ die Liebe aufgekündigt haben. Weshalb? Es gibt Stimmen, die sagen, „Der Harald Irnberger ist eben in der selben Weise Chefredakteur wie der Chefredakteur eines beliebigen bürgerlichen Blattes“.*

*Irnberger:* Wer so etwas sagt, hat offenbar noch nie für ein normales bürgerliches Blatt gearbeitet. Denn dann würde er wissen, daß es hier wirklich exorbitante Unterschiede gibt.

Wer die 12 Leute sind, die irgendetwas aufgekündigt haben sollen, weiß ich nicht. Tatsache ist, daß ich zwei Leuten bereits im Oktober angekündigt habe, daß ich mich nicht in der Lage sehe, ihnen weiterhin ein Pauschalhonorar zu zahlen, wenn sie keine adäquate Leistung dafür bieten. Ich habe ihnen gesagt, ich schau' mir das jetzt noch drei Monate an, dann müssen Konsequenzen gezogen werden; die sind dann auch gezogen worden. Aus dem Kreis der Redaktion hat sich ein weiterer Mitarbeiter – mir hat er nie gesagt warum – zurückgezogen.

*offensiv links: Es stimmt also nicht, daß ein Großteil der Redaktion ausgeschieden ist, daß es schwere Konflikte wegen finanzieller Fragen, wegen deines Führungsstils, wegen der Art und Weise wie das „Extrablatt“ gestaltet worden ist, gegeben hat?*

*Irnberger:* Tatsache ist, daß wir mit Honoraren relativ weit im Rückstand sind. Tatsache ist weiter, daß wir eben dabei sind, das aufzuholen. Die ganze Schwierigkeit beruht auf einer finanziellen Lücke, die mit der Zwentendorf-Geschichte, der Atomkraftgeschichte in Zusammenhang steht. Damals, das war im August oder im September, habe ich die Leute von der Redaktion zusammengeholt und habe ihnen erklärt: „Burschen, es wird ein massiver Druck auf uns ausgeübt. Man erwartet sich von uns, daß wir uns zumindest da heraushalten, auf jeden Fall aber, daß wir keine dezidierte Politik gegen das AKW machen. Wie verhalten wir uns, denn das kann uns

## Es war nicht allen Mitarbeitern klar, worauf sie sich einlassen . . .

Gespräch mit Harald Irnberger, Chefredakteur des „Extrablattes“

*offensiv links: Bei der Präsentation der Nullnummer des „Extrablattes“ vor ungefähr zwei Jahren hast du gesagt, du möchtest ein kritisch-kulinarisches Blatt machen, mit dem Vorbild des „Nouvel Observateur“. Nun hat ein ehemaliger „Extrablatt“-Redakteur kürzlich uns gegenüber die Meinung vertreten, das „Extrablatt“, wie es heute existiert, sei nicht mehr das „Extrablatt“, in dem er angefangen hat. Zumindest von der personellen Redaktionszusam-*

*mensetzung her stimmt das wohl auch.*

*Harald Irnberger:* Ich kann nur hoffen, daß das heute nicht mehr das „Extrablatt“ ist, mit dem wir angefangen haben, denn eigentlich sollte man sich in einem Zeitraum von nahezu zwei Jahren verbessert haben. Zumindest wird mir immer wieder von verschiedensten Seiten bestätigt, daß wir uns verbessert hätten.

Was die Redaktionszusammensetzung betrifft, stimmt das sicherlich auch in weiten Zügen. Eine solche Zeitung

relativ viel kosten.' Die allgemeine Stimmung war: wir lassen uns keinesfalls von unserem Weg abbringen. Das war auch meine Meinung. Ich wollte das aber vorher diskutiert haben, damit es nicht nachher heißt, ich würde das Blatt leichtfertig riskieren, in einem Punkt, wo man sich vielleicht auch etwas flexibler hätte verhalten können. Die Ergebnisse unserer Politik waren sicherlich nicht so, daß sie das Blatt umgebracht haben, aber wir hatten dadurch eine relativ große finanzielle Lücke, die gewisse finanzielle Opfer von uns erforderte. – Es gibt im Prinzip drei Posten von Ausgaben: Die Druckerei, dann Steuern, Telefon, usw.; diese Zahlungen sind nicht aufschiebbar. Der einzige Posten, den ich hinausschieben kann, besteht aus den Honoraren. Dazu ist noch zu sagen, daß die Leute, die am weitesten mit den Honoraren im Rückstand sind, jene beiden sind, die am meisten arbeiten, nämlich Kurt Traar und ich.

*offensiv links:* Die Mitarbeiter hätten für verspätete Honorarzahungen auch Verständnis gehabt, wenn sie von der Finanzierungslücke rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden wären. Waren die ausständigen Honorare nicht bloß der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte? Haben sich nicht viele Mitarbeiter am Anfang vorgestellt, ein Team werde hier zusammenarbeiten und gemeinsam bestimmen, also Forderungen, wie sie die Redakteure auch vermehrt in bürgerlichen Blättern stellen, nach Redaktionsstatuten usw.?

*Irnberger:* Die Honorarüberweisungen nimmt Kurt Traar vor, der meines Wissens aber sehr wohl die Leute über finanzielle Schwierigkeiten unterrichtet hat.

Was den kollektiven Führungsstil betrifft, haben wir uns sicher alle am Anfang große Illusionen gemacht. Das muß auch ich hier eingestehen. Ich stehe nach wie vor positiv zum Modell der kollektiven Führung. Nur bin ich inzwischen draufgekommen, daß zwei Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit es funktioniert: Alle die in einem solchen Kollektiv drinnen sind, müssen mit annähernd dem selben Engagement und der selben Kompetenz am Werk sein. Und das hab' ich halt wirklich nicht gesehen. Ich habe vielmehr was anderes erlebt: Es gab hier ein paar Leute, die zwar in der Redaktionskonferenz trefflich die großen Perspektiven erläutern konnten, aber wenn es zum Redaktionsschluß kam, bin ich halt alleine dagesessen und habe Wochenenden

hindurch und Nächte hindurch die Manuskripte geschrieben und bearbeitet, damit sie druckfertig werden. Wenn man in dieser Situation eben allein ist, ist man in der Situation, allein Entscheidungen zu treffen, die man gar nicht diskutieren kann.

Schließlich zum Redaktionsstatut: Ich war es, der ganz am Anfang ein Statut angeregt hat, für alle Fälle. Ich habe allerdings keinen einzigen schriftlichen Entwurf auf den Tisch bekommen, auf den sich wenigstens die Redaktion geeinigt hätte. Ich stehe nach wie vor zu einem solchen Statut. Nur, bitteschön, das kann ja nicht ich entwerfen, das muß von der anderen Seite kommen.

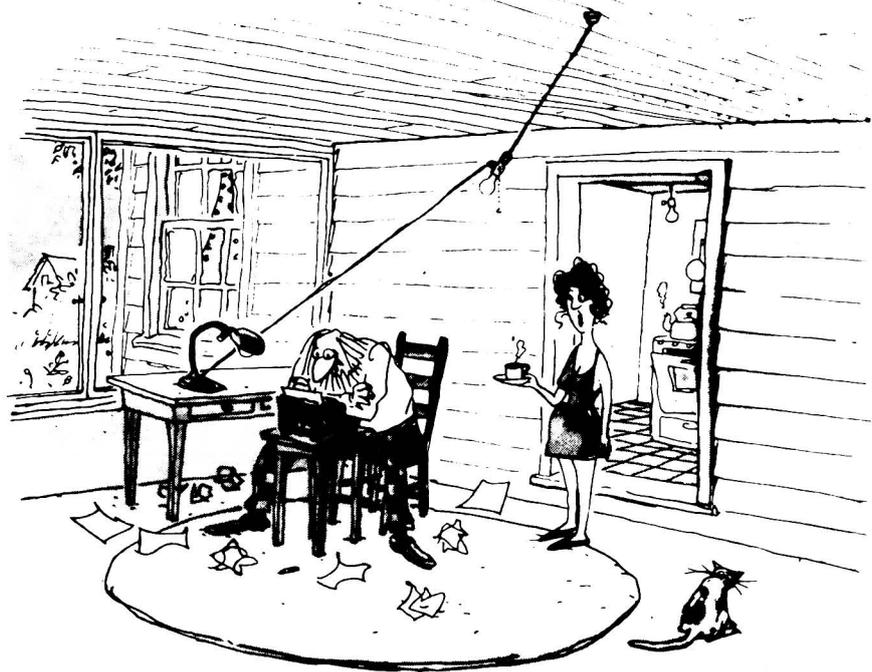
*offensiv links:* Speziell in bezug auf den Abdruck von Leserbriefen beziehungsweise den Entwurf von Titelseiten soll es seitens der Redaktion Alternativvorschläge gegeben haben, die du mit dem Argument: ‚das ist mein Blatt‘ vom Tisch gewischt haben sollst.

*Irnberger:* Das mit ‚mein Blatt‘ ist ein Superblödsinn, sowas habe ich nie

gesagt. Ich weiß auch nicht, was es hier für Alternativvorschläge gegeben hätte.

*offensiv links:* Abdruck kritischer Leserbriefe, zum Beispiel.

*Irnberger:* Leserbriefe waren niemals eine Streitfrage. Es gab einmal irgendeinen Brief von etlichen Frauen, die unter anderem auch bei uns hin und wieder einmal geschrieben haben, und die den veröffentlichen wollten. Als sich der Reihe nach mehr als die Hälfte derer, die den Brief angeblich unterschrieben hatten, davon distanzieren und vielmehr sagten, sie hätten besagten Brief nie gesehen, sah ich keine Veranlassung, ihn abzdrukken. Und was die Titelbilder anlangt, gab's schon überhaupt keine Alternativentwürfe. Die jeweiligen Autoren – das waren bislang zumeist mehrere – der Titelseite sowie die für den graphischen Bereich zuständige Kollegin und ich haben regelmäßig das Titelbild entworfen. Wir haben meist sogar sehr ausführlich darüber diskutiert.



*offensiv links:* Es ist aber doch so, daß es im Februar bzw. März zu einem Höhepunkt des Konfliktes gekommen ist, daß die damals noch in der Redaktion Vertretenen und heute Ausgeschiedenen von Streik gesprochen haben, daß es auch eine Intervention vom Präsidenten der Journalistengewerkschaft, Kollegen Nennung, gegeben hat und daß dir auch vorgeworfen wurde, deine Funktion als Vorsitzender der Fach-

gruppe Wochenzeitungen in der Gewerkschaft sei unvereinbar mit deiner Haltung in diesem Konflikt, den du ja von Unternehmerseite aus ausgeht hast.

*Irnberger:* Zu meiner Gewerkschaftsfunktion ist zu sagen, daß man mich damals zu kandidieren aufgefordert hat, das habe ich nicht angestrebt. Im Gegenteil: Ich bin bei einer

Sitzung des „Arbeiterkreises Junger Journalisten“ kandidiert worden, bei der ich nicht einmal anwesend war. Ich habe damals genau auf die Widersprüche, die von euch angesprochen wurden, hingewiesen und gesagt, eigentlich will ich nicht. Erstens deswegen nicht und zweitens, weil ich glaube, daß ich mit meiner Tätigkeit als Chefredakteur des „Extrablattes“ ohnehin genug ausgelastet bin. Man hat dann trotzdem einhellig befunden, ich solle es machen. Dem habe ich mich nicht entzogen. Wenn man heute anderer Meinung ist, bin ich der letzte der böse ist, wenn man einen anderen wählt. Ich bin jederzeit bereit, von dieser Funktion zurückzutreten.

Was den Streik betrifft: Intervention vom Kollegen Nennung würde ich das nicht nennen. Es gab Versammlungen von Mitarbeitern, in einer etwas willkürlichen Zusammensetzung, um das mal so zu formulieren. Bei denen war der Kollege Nennung anwesend, weil man ihn darum gebeten hat. Das war mir im Prinzip sehr recht, a) um einen unbeteiligten Zeugen zu haben und b) einen Menschen zu haben, der sehr wohl eine realistischere Sicht der Dinge hat, weil er eben selbst eine Zeitschrift macht und daher gewisse Probleme kennt und gewisse Argumente einseht, die andere – wie auch immer – nicht einsehen können oder wollen.

*offensiv links: Einige dieser Leute, die aus der Redaktion ausgeschieden sind bzw. teilweise noch mitarbeiten, arbeiten auch an verschiedenen linken oder alternativen Presseprodukten mit. Es hat über das „Extrablatt“ in diesen Medien auch kritische Artikel gegeben. Du hast gegenüber „Falter“ und „Rotfront“ auf Kritik im üblichen bürgerlich-strafrechtlichen Sinn reagiert. Hast du, seit du Chefredakteur eines doch etablierten*

*Blattes bist, ein gestörtes Verhältnis zu diesen Alternativzeitungen?*

**Irnberger:** Ich bin keineswegs in der vollen Tragweite des bürgerlichen Rechtsmechanismus gegen diese Leute vorgegangen. Faktum ist, daß ein von mir angestrebter Prozeß gegen den „Spiegel“ anhängig ist, daß ich nicht eine Zeitung herausgreifen und gegen sie vorgehen kann und – wenn ihr so wollt – dem einen etwas zugestehen, wofür man den anderen klagt. Das geht juristisch nicht. Ich habe die geringstmöglichen Schritte gesetzt, nämlich Schritte, die es zulassen, sich auf einer Basis die jeder trägt, außergerichtlich zu vergleichen, womit aber juristisch meine Auseinandersetzung mit dem „Spiegel“ nicht gestört ist.

*offensiv links: Wie wird's weitergehen? Ist es nicht so, daß die ganzen Schwierigkeiten, die man im Detail so und so erklären kann, doch insgesamt damit zusammenhängen, daß das Projekt „Extrablatt“ um eine Nummer zu groß für den österreichischen Markt ist?*

**Irnberger:** Die Frage kann man noch nicht endgültig beantworten, obwohl ich nicht glaube, daß es wirklich zu groß ist. Wenn wir das Projekt nicht in dieser Größe gemacht hätten, hätten wir gar keine Chance gehabt. Dann hätten wir eine Zeitung für einen gewissen abgeschlossenen Bereich gemacht, in dem es bereits eine ganze Menge von Zeitungen gibt, die wir gar nicht konkurrenzieren wollen und wo dies auch gar keinen Sinn hätte. Unser Ziel war es, aus diesem formierten Bereich herauszukommen und einen möglichst großen Kreis um diesen Bereich anzusprechen. Dazu bedurfte es auch sicher gewisser formaler Mittel. Diese formalen Mittel stellen wir sicher unter Kostenbedingungen her, wie sie kein anderer professionaler Verlag schaffen würde. Das verlangt aber von den Leuten, die hier beteiligt sind, einen

enormen Einsatz. Das sehe ich als das Hauptproblem, daß eben nicht allen, die von Anfang an bei diesem Blatt dabei waren, klar war, worauf sie sich einlassen. Es hat von Anfang an eben wirklich nur zwei Leute gegeben, denen das halbwegs klar war, die gewußt haben, womit das enden kann, das waren Kurt Traar und ich. Für uns beide als Geschäftsführer kann das mit ein paar Jahren Gefängnis enden. Alle anderen können höchstens sagen, ich habe ein paar Tausender verloren; – bei keinem eine Summe, die wirklich an die Substanz geht. Wir beiden haben nicht nur wesentliche Summen investiert, sondern haften auch für das ganze.

Trotzdem glaube ich: es ist machbar. Es ist bereits ein Marktwert geschaffen worden. Wenn wir das Blatt verkaufen wollten, könnten wir das jederzeit, wir würden sogar finanziell relativ gut dabei heraussteigen. Nur will ich das nicht und will auch Kurt Traar nicht. Es ist nicht unsere Perspektive, wieder Lohnschreiber zu werden.

*offensiv links: Du siehst also die Zukunft prinzipiell optimistisch, bei Beibehaltung der jetzigen Linie, des jetzigen Konzepts?*

**Irnberger:** Ja. Wir müssen natürlich tendenziell immer besser werden, besser recherchieren usw. Aber eine Zeitung ist eben ein lebendiges Produkt, das immer besser werden muß. Ich glaube, wir sind da schon einige Schritte weiter gekommen: Ich verlange von keinem Mitarbeiter, daß es ihm sympathisch ist, was im Parlament oder in der Regierung geschieht. Aber ich verlange von einem Redakteur, daß er in der Lage ist, kompetent darüber zu berichten.

Für „offensiv links“ führten die Gespräche Roman Hummel und Zsolt Patka. ■



Entnommen: "Extrablatt" Nr. 2/Februar 1978

# Wahlen 1979

## Stellungnahme der Bewegung für Sozialismus (föj) anlässlich der Nationalratswahlen am 6. Mai 1979

Es wäre eine Überschätzung unserer derzeitigen Möglichkeiten und unseres politischen Einflusses, zu den Nationalratswahlen am 6. Mai eine Wahlempfehlung zu geben. Statt dessen wollen wir einige Überlegungen unterstreichen, die uns für die weitere politische Entwicklung in Österreich und für eine linke Politik als wesentlich erscheinen.

Alle Überlegungen auf Seiten der autonomen Linken sollten unseres Erachtens davon ausgehen, daß für die Interessen der Arbeiter und Angestellten, aber auch für weitere Initiativen und Entfaltungsmöglichkeiten der gesamten Linken ein Wahlerfolg der ÖVP und FPÖ vom Nachteil wäre und daher verhindert werden muß.

Wir geben uns keinen Täuschungen hin über die Entwicklung in der SPÖ, die sich immer weniger von den bürgerlichen Parteien, ihrem Auftreten und ihren Wertvorstellungen unterscheiden läßt. Taktische Konzessionen programmatischer Natur an die eigene Parteilinke werden in der Praxis nicht eingelöst. Zwar haben die SPÖ-Regierungen eine Reihe von Gesetzesinitiativen verwirklicht, die eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung, die Erweiterung ihrer sozialen Rechte und Sicherheit mit sich brachten. Aber alle diese Maßnahmen erfolgten streng im Rahmen der Sozialpartnerschaft, ohne die geringste Mobilisierung und Einbeziehung der Betroffenen. Sie wurden als Geschenke dargereicht, als notwendiger Preis für politische Passivität und Apathie. Und damit die Unternehmerseite sich nicht vernachlässigt fühlt, wurden auch ihr entsprechende Gaben gemacht. Trotzdem waren es unter der SPÖ-Regierungsmacht die Vertreter der Unternehmerseite, die für ihre Forderungen offensiv, selbst unter Mißachtung der Gesetze auf die Straße gingen (z.B. Frächterstreik).

Es ist unsere Überzeugung, daß dieser Entwicklung in der SPÖ nur dann Einhalt geboten werden kann, wenn außerhalb ihrer Reihen eine repräsentative und glaubwürdige linke Alternative geschaffen wird. Die KPÖ ist nicht zuletzt wegen ihrer sektiererischen Politik außerstande, diese Funktion zu erfüllen. Sie wird aller Voraussicht nach auch bei den kommenden Parlamentswahlen die nötige Stimmenanzahl für ein Grundmandat verfehlen und die Serie ihrer ständigen Verluste fortsetzen.

Die Schwäche der linken Gruppen zeigt sich auch darin, daß sie weder imstande ist, ähnliche Alternativlisten wie in Hamburg und West-Berlin auf die Beine zu stellen, noch den Willen oder die Fähigkeit besitzt, sich in vorhandenen Initiativen in Österreich zu verankern, wodurch diese Alternativansätze oft konservativen Trägern überlassen bleiben.

Hier liegen einige unserer zukünftigen Aufgaben und Perspektiven.

Wien, im April 1979 ■



# Ein Jahr danach...

Im März 1978 waren Wahlen zum Parlament. Die konservative Mehrheit behauptet ihre Position. Die traditionelle Linke aber gewinnt Parlamentssitze dazu. Das eh schon brüchige Linksbündnis zwischen kommunistischer Partei, sozialistischer Partei und der kleinen radikalen Partei löst sich nach den Wahlen endgültig auf. Staatspräsident Giscard d'Estaing kündigt als erstes eine „soziale Öffnung“ an. Aber bereits im Monat Juni bricht der erste große soziale Konflikt aus. Bandarbeiter bei Renault fordern bessere Arbeitsbedingungen und höheren Lohn. Dann beginnt die traditionelle französische Sommerpause. Im Herbst, nach Schulbeginn, protestieren die Schüler gegen unzumutbare Schulbedingungen. Die Lehrer solidarisieren sich und machen auf ihre miserable soziale Situation aufmerksam. In Nantes und St. Nazaire beginnen die Schiffbauer zu streiken. Betriebsbesetzungen folgen. Die ersten heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei sind zu beobachten. In Mittelfrankreich kündigt die Firma Manufranc die Schließung ihrer Produktionsstätten an. Und im Norden übernimmt der Staat die Kontrolle über die Stahlindustrie. Als erstes werden 20.000 Entlassungen bis Anfang der achtziger Jahre angekündigt. Umstrukturierung, Neuorganisation und Konzentration der Fabriken sind die nächsten Maßnahmen. Lothringen, das traditionelle Zentrum der französischen Stahlindustrie und des Kohlebergbaus, soll sterben. Eine alte Arbeiterklasse soll zerbrochen und marginalisiert werden. Aber, diese Region beginnt sich zu wehren . . .

## Vorfrühling

„Das war fantastisch. Die hierarchischen Beziehungen waren plötzlich weg. Ich hatte keinen abgegrenzten Raum mehr um mich, sondern kämpfende Kollegen. Der Unterschied zwischen denen, die die Postwagen entladen und denen, die die Post aussortieren war plötzlich aufgehoben. Keine Hindernisse mehr in den Beziehungen unter den Leuten. Viele getrauten sich zum ersten Mal offener zu sprechen. Und nicht nur über die Gewerkschaften oder die Politik. Da wurden Karten gespielt; dort hatte jemand eine Gitarre mitgebracht und irgendwo anders wurde diskutiert. Zum ersten Mal befand man sich nicht mehr in den verschiedenen Abteilungen eingezwängt.

Auf den Versammlungen, die zweimal am Tag stattfanden, ergriffen die Leute das Wort. Wir fühlten uns zusammengehörig und das gab uns die Möglichkeit, eine ganze Reihe von Dingen neu zu erfahren.“

Francois ist Briefsortierer bei der Post. Und das sind seine Erinnerungen an einen Streik.

Zorn, Arbeitsniederlegungen und Besetzungen bei Post und Bahn. Das war vor den Wahlen im März 1978. Die Arbeitsbedingungen, die niedrigen Löhne und die überall spürbaren Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst standen damals im Mittelpunkt der Diskussionen. Dann wurde es

ruhiger. Der Wahlkampf begann. Die Gewerkschaften verhielten sich taktisch. Ein eventueller Wahlsieg der schon brüchigen Linksunion<sup>1</sup>, sollte keiner Gefahr ausgesetzt werden. Danach ließen sich sicher wichtige soziale Forderungen leichter und mit Unterstützung der politischen Parteien durchsetzen. Es kam anders. Die konservative Mehrheit ging einmal mehr siegreich aus den Wahlen hervor.

## Ein Frühling ohne Nelken

Die parlamentarische Linke hatte sich zwar zahlenmäßig gestärkt, aber die eh schon vor den Wahlen sichtbare Zer-

bröselung der „politischen Einheit“ zwischen sozialistischer Partei und kommunistischer Partei, schlug kurz danach in öffentliche Feindschaft um. Gegenseitig schob man sich die Schuld der Niederlage zu.

Die sozialistische Partei ist seitdem in die Selbstanalyse gegangen. Sieben verschiedene Strömungen, mehr oder weniger gewichtig, versuchen der Partei wieder eine politische Geschlossenheit zu geben. Es wird um „Programme“ gekämpft und im April, nach Beendigung des nationalen Kongreß, soll es dann soweit sein. Wird Mitterand

weiterhin Vorsitzender der Partei bleiben, werden die „Sozialdemokraten“ sich durchsetzen? Oder werden die anderen, die alle irgendwie für sich die „Autogestion“<sup>2</sup> beanspruchen, und in sich so unterschiedlich sind, die innerparteiliche Mehrheit erreichen? Michel Rocard, ehemaliger Vorsitzender der linkssozialistischen PSU<sup>3</sup> steht für diese politische Richtung. Was daraus dann wirklich wird, wie die sozialistische Partei in Zukunft aussehen wird, ist für einen Außenstehenden schwer zu beurteilen. Im Augenblick macht diese Partei einen sehr konfuse Eindruck. Aber scheinbar hat sie ihre Anziehungskraft für einen französischen Wähler nicht verloren.

Die kommunistische Partei übte sich nur sehr mäßig, eigentlich überhaupt nicht in Selbstkritik. Es waren vor allem die Intellektuellen dieser Partei, wie Elleinstein oder Althusser, die öffentlich zur Selbstreflektion aufforderten und die Spalten des Zentralorgans „Humanité“ für eine gründliche Debatte öffnen wollten. Das Politbüro, das Zentralkomitee und die „schweigende Mehrheit“ in der Partei brachten dafür aber nur sehr wenig Enthusiasmus auf. Die Schuld hatten ja sowieso die anderen. Und mit dem „Stalinismus“ hatte man ja auf dem 22. Parteitag endgültig abgerechnet. Linie und Geschlossenheit waren wichtiger, wie immer wenn Unbequeme sich zu Wort melden. Und so sind es heute wieder die gleichen wie damals, die zur Vorbereitung des anstehenden 23. Parteitages sich erheben, ihre Kritik nicht verstummen lassen wollen, und dazu auffordern, daß die Partei sich endlich den wichtigen Problemen wirklich stellt: Das ist die Haltung gegenüber der Sowjetunion und gegenüber den Dissidenten des Ostens. Das ist die Diskussion über den Bruch der Linksunion und das damalige gemeinsame Programm mit der sozialistischen Partei. Das ist die Bestimmung eines neuen Weges zum Sozialismus, der den Erfahrungen der Geschichte Rechnung trägt und die Krise, die die heutige Welt durchzieht, gründlich durchdenkt. Das ist eine Parteiidee, die die Funktion der Partei und die innerparteiliche De-

mokratie nicht als zentralistisches Problem sieht.

Es scheint nicht leicht „Eurokommunist“ zu sein, wenn die dunklen Flecken der eigenen Geschichte nicht aufhören wollen zu quälen. Es drückt und beißt. Aber vergessen ist einfacher. Ein Kompromiß ist bequemer und die Tagespolitik drängt. Und was das Ziel des Sozialismus anbetrifft ist man sich ja einig. Es wird einer in den Farben Frankreichs sein. Hat man damit nicht bewiesen, daß man „Patriot“ ist und sich von den Makeln der Geschichte endgültig gelöst hat?

Die kommunistische Partei hat ihre Linie. Da gibt es keine endlosen öffentlichen Debatten. Und der alte Arbeiterstamm wird sicher zu ihr halten.

### Ein etwas ungewöhnlicher Montagmorgen

Paris. Es ist der erste Montag nach den Wahlen. Zwischen waghalsig anmutenden Wolkenkratzern im amerikanischen Architekturstil und der peripheren Stadtautobahn, – davor die Seine und dahinter der noch nicht von der Stadtansanierung zerrissene 15. Bezirk –, stehen die Überreste einer großen französischen Automobilfirma. Große dunkle Hallen, unter Stahlskeletten, die an Konstruktionen des nahestehenden Eiffelturmes erinnern, geben einen Eindruck davon, wie es einmal zu den Anfangszeiten des Automobilbaus gewesen sein mag. Daß heute hier noch Maschinen lärmten, Fließbänder den Takt diktiert und Arbeiter geschäftig sind, läßt erstaunen und erzittern zugleich. Aber heute an diesem Montag war zu spüren, daß es etwas länger dauern würde, bis die gewohnte Fabrikationsroutine in Gang kommt.

Die Halle der zentralen Maschinenrevision und der Neukonstruktion von Werkzeugmaschinen versteckt sich hinter einem Bürobau. Facharbeiter mit mittlerer und höherer Qualifikation stehen in Gruppen zusammen. Das gleiche Bild in der angrenzenden Dreherei und Fräserei. Man hört keine laute Diskussionen. Eher abwägend, zweifelnd, enttäuscht und resignativ. Einige fanden sich bestätigt. Pierre z.B., ein junger kraushaariger Schlosser hat es so kommen sehen: „Der Streit zwischen den politischen Parteien der Linken. Das konnte nicht gut gehen. Das mußte zur Wahlniederlage führen. Wahrscheinlich ist das auch besser so. Denn danach wäre es ja sowieso zum Bruch gekommen und im Herbst hätte die Regierung Neuwahlen ausschreiben müssen.“ Seine

Hoffnungen konnten nicht mehr begraben werden. Fast alle haben sie sozialistisch oder kommunistisch gewählt. Nur wenige, die den Konservativen ihre Stimme gaben. Man sah es ihren Gesichtern an. Die Niederlage. Es war also aus mit der sofortigen Anhebung des Mindestlohns auf 2.400 F. Es wird keine fünf Wochen garantierten Jahresurlaub geben<sup>4</sup>. Die Verbesserung der sozialen Situation im Betrieb wird nicht in Gang kommen. Und die Werkstatträte sind wieder zur Utopie geworden. Die Aufsplitterung der Lohngruppen wird sich nicht vermindern. Und die krassen Lohnunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten werden bleiben. Der Betrieb wird nicht verstaatlicht. Und die Hierarchie wird weiterhin regieren können wie bisher. Unmündigkeit und Eingeschränktheit werden kein Ende nehmen. Die Kontrolle und Mitentscheidung bleiben da wo sie schon immer waren. Und die Beschneidung der persönlichen und gewerkschaftlichen Freiheit für Mitglieder der CGT und CFDT in diesem Betrieb wird auch in Zukunft weitergehen.

Forderungen, Hoffnungen und Träume, die erst einmal begraben werden müssen. Vieles ist nun endgültig in sich zusammengefallen. Es wird also weiterhin dauern, bis sich wirklich etwas verändert.

Es wäre ja auch zu schön gewesen, wenn . . . oder hätten dann erst die Schwierigkeiten angefangen? So kennt man sich aus. So weiß man wie es ist. War man wirklich von allem überzeugt, daß es richtig ist? Hätte man sich wirklich eingesetzt? Oder hätte man nach dem anfänglichen Enthusiasmus wieder aufgegeben? Offene Fragen. Irgendwo sind Arbeiter in ihrem tiefsten Innern alle gleich.

Sehr schnell zog dann wieder Routine und Fabrikalltag in dieses industrielle Museum ein, das so an Emile Zolas Erzählungen erinnert. Daß sich allerdings mit der neuen alten Regierung, die Verhältnisse ändern würden, daran glaubt keiner. Die Wirklichkeit gab ihnen sehr schnell recht.

### Die nichtstattgefundene „soziale Öffnung“

Kontinuität und neuer Schwung. Das waren wohl die Vorstellungen von Staatspräsident Giscard d'Estaing, als er ankündigte, in Zukunft offizielle Gespräche mit der Opposition und den Gewerkschaften zu führen. Sie sollten ihre Wünsche und Forderungen vortragen können. Anders als bisher sollte ihnen nun Gehör geschenkt werden. Die Orientierung am „deutschen Modell“

war nicht zu übersehen. Die östlichen Nachbarn sind mit Sozialpartnerschaft und konzertierter Aktion gut gefahren. Ihre wirtschaftliche und politische Stärke ist gewachsen. Während Frankreichs Wirtschaft immer mehr in Schwierigkeiten gerät. Da mußte also etwas geschehen. Daß das schmerzlich sein, und nicht ohne soziale Eruptionen abgehen würde, war dem Wirtschaftsprogramm von Premierminister Barre abzulesen.

Die Neustrukturierung der französischen Wirtschaft steht an erster Stelle. Modernisierung und Rationalisierung heißen weitere Schlagworte. Konkurrenzfähig ist dann das gewünschte Ergebnis. Im Zeitalter der Krise des Systems, geht das nur auf Kosten der Arbeitsplätze. Fabrikschließungen, Stilllegung der unrentablen Sektoren zugunsten der Arbeitsteilung in Europa oder der Verlagerung der Produktion in wirtschaftlich günstigere Zonen, Stärkung und Konzentration der produktiven Betriebe, das sind auch in Frankreich die Inhalte der neuen liberalen ökonomischen Politik. In Deutschland konnte man diesen Entwicklungsprozeß schon früher beobachten. Frankreich ist im Verzug. Die Verspätung muß nach- und aufgeholt werden. Es bleibt nicht viel Zeit, sonst beißt dieser schon wieder gefürchtete Nachbar noch tiefer zu.

Daß sich die Regierung gerne der Zusammenarbeit und der Unterstützung durch die Opposition versichert hätte, war also registriert worden. CGT, CFDT und auch die kleinere FO<sup>5</sup> bemühten sich, die Anhebung des Mindestlohns zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Soziale und gewerkschaftliche Einflußnahme in den Betrieben wurde als weitere Forderung erhoben. Beim Mindestlohn wurde etwas erreicht. Dann war diese „Zusammenarbeit“ aber bald zu Ende. Man kam nicht mehr richtig voran. Dem rechten Flügel des Regierungslagers war das alles schon zuviel. Dann trat Schweigen ein.

Die politischen Parteien mußten sich zunehmend mit den Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen auseinandersetzen. Das betraf sowohl die Linke als auch die Rechte. Und auf das Verhältnis von CGT und CFDT hatte der endgültige Bruch der Linksunion auch seine Auswirkungen. Georges Séguy, Generalsekretär der CGT und Mitglied im Politbüro der kommunistischen Partei, sparte nicht mit Schuldvorwürfen an die andere Seite. Edmond Maire, Sekretär der CFDT, übte sich in Zurückhaltung. Für ihn gilt das alte französische syndikalistische Prinzip, Gewerkschaftspolitik und Parteipolitik nicht miteinander zu vermengen.

Inzwischen sah man der politischen Sommerpause entgegen. Im Herbst soll-

te es dann vielleicht weitergehen. Aber noch bevor die Ferien begannen, brach der erste größere Streik nach den Wahlen aus. Revolte bei Renault. Die Form dieses Streiks sollte einen Vorgeschmack auf Winter und Frühjahr 1979 geben.

### „So wie wir etwas ändern, werden wir auch leben“

Renault-Le Mans, Renault-Cléon, Renault-Sandouville, Renault-Douai, Renault-Flins. Streik.

Flins ist ein kleiner Ort westlich von Paris. Rechts der Autobahn nach Rouen, liegt eine neue und moderne Fabrik. Es ist die zweitgrößte des Renault-Konzerns. Unter ihren Dächern arbeiten 25.000 Arbeiter und Angestellte. Eine Fabrik, die seit Mai 1968 nie mehr richtig zur Ruhe kam.

Im Kern der Fabrikansiedlung ist die Karosseriepresserei. Eine Dezibelhölle. Riesige Ziehpressen pfeifen, ziehen ihren Stempel hoch und lassen ihn dann mit mehreren hundert Tonnen Gewicht auf die glatte, dünne Blechplatte niedersausen. Mehrere hundert Mal am Tag und in der Nacht. Unaufhörlich. Die Maschine treibt den Takt. Nicht nur eine. Es sind viele in dieser Halle.

Die Fehlquote unter den Arbeitern hier steigt manchmal bis zu 15% an. 500 Arbeiter stehen hier an den Pressen. In der betrieblichen Hierarchie sind sie ganz unten eingestuft. Man nennt sie einfach O.S.<sup>6</sup>

Am 6. Juni ist Ruhe in dieser Fabrikhalle. Nichts bewegt sich mehr. Streik. Die Halle ist besetzt. Ein neuralgischer Punkt der Produktion. Ohne Karosserieteile, keine Autos.

Plötzlich, Schreie, Stöße und Schläge. Schrauben fliegen auf Meister, die versuchen, die Pressen in Gang zu setzen.

Ausländische Arbeiter, Maghrebianer. Sie sind weg von zu Hause. In einer feindlichen Welt.

Rassismus bei den Vorgesetzten. „Diese Terroristen, die uns fertig machen wollen.“

Entfesselung, Stillstand, Bewegung, Vergewaltigung der Arbeitsdisziplin, Auflehnung, Sand im sonst gut funktionierenden „Fordsystem“.

Sie nehmen eine alte Forderung der O.S. bei Renault wieder auf: Höhergruppierung und Eingruppierung als Facharbeiter<sup>7</sup>. Das bedeutet einen höheren Lohn und gleichzeitig eine Anhebung

ihres Qualifikationsstatus in der betrieblichen Hierarchie. Seit 1970 wird diese Forderung unter den O.S. diskutiert und von den Gewerkschaften vorgebracht. Nichts hat sich seither geändert. Die Fließbänder sind immer noch die Fließbänder, und die O.S. sind immer noch O.S.

Diesmal zeigen sich die Arbeiter dickköpfig. „Zum ersten Mal haben wir unsere Halle das ganze Wochenende über besetzt. Der Firma ist es nicht gelungen, genügend Streikbrecher zu organisieren. Diesmal haben wir uns gehalten, denn mehrere hundert Kollegen haben sich während der Nächte gegenseitig abgelöst“, erzählt ein junger Marokkaner. Und Diallon, ein afrikanischer Arbeiter, meint: „Ich arbeite vierzig Stunden in der Woche und verdiene 2500 F. Davon bezahle ich 600 F Miete. Ich habe drei Kinder und zum Leben bräuchte ich mindestens 3000 F im Monat.“

„Bei einem Koeffizient von 170, die Prämien dazugerechnet, verdiene ich etwa 2700 F im Monat. Ich bezahle 680 F Miete. Ich muß drei Kinder ernähren. Meine Frau arbeitet nicht. Um etwas hinzuzuverdienen mache ich samstags Kleintransporte. Und seit ich hier bei Renault bin, geht auch mein ganzer Urlaub für diese Beschäftigung drauf . . . Aber das kann so nicht mehr weitergehen. An die Rente brauch ich dann gar nicht mehr zu denken. Was wir brauchen, ist eine einheitliche Lohnerhöhung und keine in Prozenten. Die, die am wenigsten haben, müssen endlich mal etwas davon haben“, bringt Robert, Mitglied der CGT, in die Diskussion ein. Und Ali sprudelt wütend heraus: „Man behandelt uns wie Handlanger. Wir wollen nicht unser ganzes Leben lang O.S. bleiben. Wir wollen die Möglichkeit haben weiter zu kommen, eben auch eine bessere berufliche Qualifikation erreichen.“

Und noch eine wichtige Forderung wird in diesem Konflikt erhoben: Sicherung der Arbeitsplätze für die ausländischen Arbeiter. Seit einiger Zeit wird das zum brennenden Problem, denn die Regierung versucht mit den unterschiedlichsten Mitteln, die Arbeitsemigranten in ihre Heimatländer zurückzuschicken. „Seit letztem Jahr“, sagt Ahmed, „schnauzen uns die Meister an. Ständig wiederholen sie: ‚Wenn du nicht zufrieden bist, dann geh doch dahin zurück, wo du herkommst.‘ Wir haben im Augenblick die Schnauze voll davon. Genauso wie die französischen Arbeiter fordern wir auch Arbeitsplatzgarantien. Und übrigens, sind die Franzosen bereit, an den Pressen zu arbeiten?“

Wie in jeder europäischen Automobilfabrik haben auch bei Renault die Stückzahlen von Jahr zu Jahr zugenommen. Überall neue und schnellere

Maschinen mit weniger Arbeitsgängen. Apparate und Einrichtungen die automatisch arbeiten. Industrieroboter und Computer wo früher Menschen standen.

Da wo 1968 noch 60 Teile gemacht wurden, werden heute 180 Stück pro Stunde gefertigt. Und für den neuen Renault 18, dessen Produktion kurz vor dem Streik anlaufen sollte, sind viele Karosserieteile schwerer und schwieriger zu handhaben.

Der Streik und die Besetzungen weiten sich nicht aus. Die französischen Arbeiter üben nur mäßige Solidarität. Die CFDT, mehr als die CGT nimmt die Forderungen auf und am Werkeingang hängt ein großes Transparent mit dem Motto: „So wie wir etwas ändern, werden wir auch leben.“

Aus dem größten Renault-Werk in Boulogne-Billancourt werden Solidaritätserklärungen geschickt. Praktische Solidarität aber mit den anderen Werken bleibt aus. Die latente Kluft zwischen Facharbeitern und angeleiteten Arbeitern, zwischen französischen Arbeitern und ausländischen Arbeitern, zwischen Alten und Jungen in den großen Fabrikzusammenballungen ist deutlicher als zuvor sichtbar.

So wird der Streik für die Betroffenen nicht zum Erfolg. Die Werkleitung beginnt einen harten und unnachgiebigen Kurs einzuschlagen. 50.000 Bestellungen liegen für das neue Modell vor. 3.900 Motoren und 6.500 Getriebe verlassen täglich das Werk. 1.100 Tonnen Aluminium werden im Monat vergossen. Und durch den Streik sind jetzt 9.000 Arbeiter blockiert. Die Arbeit muß also so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden. Meister, Techniker und Ingenieure versuchen die Produktion in Gang zu setzen. Dann werden knapp eine Woche später, morgens um halb sechs, die Hallen von der Polizei geräumt. Zum ersten Mal CRS<sup>8</sup> in der Fabrik. In Würde ziehen sich die Arbeiter zurück. Entlassungen und eine Niederlage mehr. Aber, so schreibt eine große Pariser Tageszeitung: „Die Glaubwürdigkeit der sozialen Öffnung ist von Tag zu Tag mehr bedroht.“ Und der Figaro sieht einen „dunklen Horizont“ heraufziehen.

### Eine gewerkschaftliche Logik nach italienischen Muster

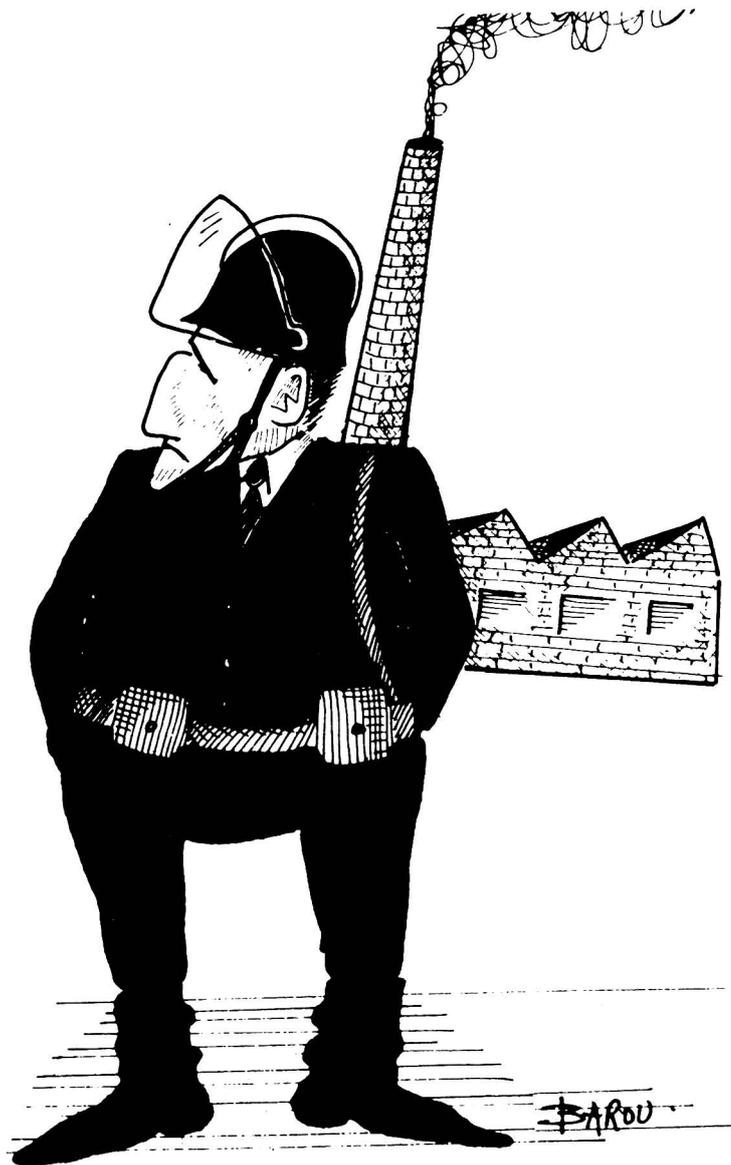
Im 9. Pariser Bezirk, ganz in der Nähe von Gare du Nord und Gare de l'Est, befindet sich sehr unscheinbar, entlang eines kleinen Platzes, der Hauptsitz der zweitgrößten französischen Ge-

werkschaft CFDT. Edmond Maire, ihr Generalsekretär, ist dort zu Hause.

Letztes Jahr im Dezember, schlug ihm die französische Tageszeitung „Libération“ vor, doch mal darüber zu sprechen, wie er sozusagen „prospektiv“ die gewerkschaftliche Zukunft sieht. Eine Unterhaltung, Überlegungen und Gedanken zur industriellen Wirklichkeit und zum „politischen Projekt“ des französischen Syndikalismus, ein Überblick, einmal weg von der gewerkschaftlichen Taktik, in eine Zukunft, deren soziale Gegenwart so brennend ist.

„... Ich möchte nicht einfach so ohne weiteres sagen, daß sich große Brüche, soziale Erdbeben, gewaltige Umwälzungen ankündigen, aber ich bin sicher, daß die Krise dieser Gesellschaft eine strukturelle Krise ist, und daß wir daraus nur mit tiefgehenden Veränderungen herauskommen werden. In vielerlei Hinsicht meine ich das.

Diese Krise geht insgesamt mit einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung einher. Aber zwei Dinge wirken da ganz entschieden darauf ein: Der Widerstand der unterentwickelten Länder gegen die augenblicklich vorherrschenden Formen der Ausbeutung und Beherrschung. Natürlich versuchen die Unternehmer diese Widerstände zu überwinden, aber so tiefgehend die begonnenen Umstrukturierungen auch sein mögen, der Widerstand geht weiter. Nichts deutet darauf hin, daß er schwächer wird, selbst wenn auch zeitweise eine Abschwächung der Auseinandersetzung eintreten sollte. Die Unruhe und die Spannung steigen und die Verwirklichung einer ‚gemeinsamen Allianz‘ angesichts der Krise, scheint nicht mehr wahrscheinlich zu sein. Im Gegenteil, die Zunahme der Gegensätze zeichnet sich ganz deutlich ab. Die gewerkschaftliche Entwicklung in Europa gibt da einige Hinweise darauf. Selbst in einem Land wie der Bundesrepublik ist das bemerkbar.





**Sozialistischer Gewerkschaftsführer Maire**

In Europa reift eine Zukunft heran, die sich von dem, was wir bis jetzt gekannt haben, sehr unterscheidet. Ich glaube, daß die Annäherung der gewerkschaftlichen Kämpfe in Europa zu tiefgehenden Veränderungen führen könnte.

Vielleicht versteht man jetzt besser, daß aus dieser Sicht der Zukunft, unsere Suche nach einer wirklichen Alternative, die getragen wird von einer sozialen Mobilisierung, die unmittelbar von den Forderungen ausgeht, nicht zu einer gewerkschaftlichen Mäßigung führen wird . . .“ „ . . . Es gibt zwei große Richtungen in der augenblicklich wirtschaftlichen Entwicklung. Sie sind unmittelbar miteinander verbunden. Auf der einen Seite sehen wir einer neuen internationalen Arbeitsteilung entgegen, die für jedes Land eine neue Spezialisierung zum Ergebnis haben wird . . . und auf der anderen Seite, auf der mikrosozialen Ebene, sehen wir uns einer Reorganisation der Arbeitsinhalte gegenüber, die den sozialen Status quo erheblich in Frage stellt.

Ein Aspekt dieses sozialen Phänomens findet sich in einer Entwicklung wieder, die noch keineswegs aufgehört hat, eine Entwicklung, hin zu dem, was man ‚periphere‘ Arbeiter nennen könnte, d.h. Arbeiter, die einen sehr unsicheren Status haben in bezug auf diejenigen, die sich im ‚Zentrum‘ befinden und zum Beispiel bei den großen Verwaltungen, in den großen Unternehmen der florierenden Sektoren arbeiten und dort sich in einer relativ abgesicherten sozialen Situation befinden. Das alles stellt nun nicht nur ‚gewerkschaftliche‘ Probleme. Denn

durch solche Entwicklungen ist durchaus die Gefahr einer allgemeinen Destabilisierung der Gesellschaft gegeben.“

„ . . . Gewiß, die Dinge sind nicht sehr einfach. Der Syndikalismus bekommt natürlich seine Stärke von den Beschäftigten der großen Unternehmen und die Idee war immer, daß die gewerkschaftliche Dynamik in den großen Betrieben den Rest dann schon nachziehen wird. Heute ist positiv zu vermerken, daß unsere Gewerkschaften mehr und mehr Gewicht darauf legen, daß die Probleme der kleineren Betriebe mit in die Arbeit einbezogen werden. Ich glaube, daß ist ein guter Weg . . .“<sup>9</sup>

Die Veränderungen, die sich in der Zusammensetzung der bisherigen gewerkschaftlichen Basis vollziehen, bleiben auf Dauer nicht ohne Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik selbst. Edmond Maire läßt in seinem Gespräch die soziale Sensibilität spüren, die nötig ist, um die Inhalte der gewerkschaftlichen Bewegung zu „berichtigen“ und an den richtigen Platz im veränderten gesellschaftlichen Gefüge zu stellen. Es gibt aber auch Kräfte, die hinstreben, die vielleicht in Zukunft, trotz einer gewerkschaftlichen Breite, Offenheit und Flexibilität nicht mehr zu erfassen sind.

Deutlicher wahrscheinlich als in der Bundesrepublik ist hier in Frankreich diese Aufspaltung, dieses gefährliche Auseinanderklaffen, der Lohnabhängigen in zwei Teile zu sehen. Vielschichtig ist dieser Prozeß, der da im Gang ist.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter ansteigen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist sicher höher als östlich des Rheins. Die Sprengkraft, die darin liegen könnte, deutet sich erst noch sehr vorsichtig an. Da und dort treten „autonome Gruppen“ mit Aktionen an die Öffentlichkeit, deren Radikalität Ergebnis ihrer verzweifelten Lage ist. Die Gesellschaft gibt ihnen keine Zukunft mehr.

Den „unsicheren“ Status vieler Lohnarbeiter erneuern von Tag zu Tag die vielen Zeitarbeitsunternehmen. Eine Erscheinung der Krise, die Konjunktur hat. In einigen Pariser Bezirken gibt es davon mehr als Bäckereien und Fleisereien zusammengenommen. Und in manchen Betrieben macht der Prozentsatz der „intérimaires“ bereits ein Drittel der Belegschaft aus. Oft findet man auf einen fest angestellt Beschäftigten drei „ausgeliehene“ Arbeiter. Das bringt Spannungen. Die sozialen innerbetrieblichen Beziehungen beginnen sich aufzulösen, Mißtrauen und Gleichgültigkeit sind die Folge. Zu den vorhandenen Abstufungen im Betrieb kommt nun noch eine neue „Arbeiterkaste“ hinzu. Am Freitag schraubte noch ein Kollege an der Werkbank nebenan. Am Montag

ist der Arbeitsplatz leer. Keine Worte. Kein Gespräch. Kein auf Wiedersehen . . . Begründungen gibt es nicht. Einige Wochen später, wenn's nötig ist, steht ein anderer da.

Und die, die im „Zentrum“ stehen, beginnen sich zu entsolidarisieren. Sie werden vorsichtiger und wollen ihren Status nicht gefährden. Der Renault-Streik im letzten Jahr kann durchaus auch unter solchen Gesichtspunkten gesehen werden.

Aber es kann auch anders kommen. Wenn Härte und Zynismus der spätindustriellen Gesellschaft keinen anderen Weg mehr lassen, als langsam, Tag für Tag immer mehr, gemeinsam zu sprechen und zu handeln. Auch wenn es sehr schwierig ist, ja manchmal auch schon zum verzweifeln.

### Eine Region soll sterben

Westlich der Autobahn Metz – Luxemburg liegt eingebettet in ein Tal die Stadt Longwy. Man nennt sie auch Stadt der drei Grenzen, denn nach Belgien, Luxemburg und Deutschland ist es nur ein Katzensprung. Lothringen, der Norden und Osten Frankreichs ist das, was in Deutschland das Ruhrgebiet ist. Seit den Anfängen der Industrialisierung bewegt sich diese Region im Rhythmus von Hüttenindustrie und Kohlebergbau.

Der Winter ist kalt. Nach Schnee und Eis ziehen Regen und Nebel ins Tal. Schon vom weitem sieht man die Hoch-



**Kommunistischer Gewerkschafter Séguy**

öfen und Schornsteine der beiden Eisenhütten USINOR und La Chiers.

Am Eingang der Stadt türmt sich ein riesiger Schutthügel. Mehrere Millionen Arbeitsstunden und die Anstrengungen von drei Arbeitergenerationen stecken darin. Auf seiner Spitze, in mehr als 100 Meter Höhe, leuchten seit einigen Monaten Tag und Nacht drei große Buchstaben S.O.S. „S.O.S. – Emploi“,<sup>10</sup> errichtet von Mitgliedern der CFDT, ist zum neuen Wahrzeichen dieser Stadt geworden. Die Mahnung ist bedrohlich. Die Situation ist ernst.

Das Stahlwerk von La Chiers wird im Juni zugemacht. USINOR wird 4000 Leute entlassen. Von den 20.000 Einwohnern dieses Ortes waren bisher schon 3000 arbeitslos. Bald wird die Hälfte ohne Beschäftigung sein. Tot. Abgeschrieben. Fast schon verzweifelt beginnt die Bevölkerung sich zu wehren.

## Wenn der Stahl umzieht

Die Stahlindustrie befindet sich nicht nur in Frankreich in der Krise. Billige Stahllieferungen aus Japan und Ländern der „Dritten Welt“ (Brasilien, Indien, Mexiko), neue Technologien, die Modernisierung alter Anlagen und Rationalisierungsmaßnahmen haben das Gefüge der europäischen Stahlindustrie gründlich durcheinandergebracht.

In Deutschland wurden im Zeitraum von 15 Jahren 80.000 Beschäftigte entlassen. British Steel senkte in acht Jahren seine Beschäftigtenzahl von 260.000 auf 195.000. Luxemburg und Belgien bildeten einen gemeinsamen Trust.

In Frankreich dagegen bewegte sich bis jetzt nur sehr wenig. Die Beschäftigtenzahl in der Stahlindustrie verminderte sich kaum. Die Umstrukturierung kam nur langsam in Gang oder bereitete unvorhergesehene Schwierigkeiten. In Fos-sur-mer, nahe bei Marseille, stampfte man zwar ein neues Industriezentrum aus dem Boden. Aber die große Veränderung soll jetzt vollzogen werden. Westdeutsche Konzerne schaffen Druck. Krupp und Thyssen, die großen des westdeutschen Stahls, diktieren den Schritt.

Durch Subventionen und Staatsintervention wurde bisher versucht, das Unvermeidliche hinauszuzögern. Jetzt hilft nur noch eine massive und bedrohliche Entlassungswelle. 20.000 Arbeiter und Angestellte der Stahlindustrie werden nach den nun bekannten Plänen bis zum Jahre 1981 endgültig arbeitslos sein. Das, was in

England und der Bundesrepublik über einen langen Zeitraum vollzogen wurde, will Frankreich also in zwei Jahren nachholen.

## Der Davignon-Plan

In einem Hochhaus in Brüssel sitzt Herr Davignon. Er ist Europakommissar und beschäftigt sich mit der Neuordnung der Stahlindustrie.

Nach einem Antikrisenplan hat er die jährliche Stahlproduktion für jedes Land der europäischen Gemeinschaft festgelegt. Und für Frankreich sieht er eine Konzentration der Produktion vor. Fos-sur-mer im Süden. Dünkirchen im Nordwesten und Neuves-Maisons im Nordosten. Mit der Konzentration ist auch eine Arbeitsteilung in Europa verbunden: Blechproduktion in Frankreich. Röhren und Qualitätsprodukte in Deutschland, zusammen mit Belgien, Luxemburg und Holland. Stahlträger und Schienen in Italien. Longwy, das heute so im Mittelpunkt steht, liegt verkehrsmäßig ungünstig. Es hat keine Verbindung zum Meer. Schienen und Straßensysteme sind ungenügend. Im Süden, dem neuen Zentrum Fos-sur-mer, ist die Verbindung zu den mauretanischen Erzlagern nicht weit. Neuves-Maisons im Nordosten ist über die Mosel an Rhein und Ruhr angeschlossen. Das sind wichtige Transportwege für das Erz aus Nordeuropa. Und in dieser Gegend Frankreichs sind die Gewerkschaften weniger stark als im Norden. Longwy hat eine kommunistische Gemeindeverwaltung. Der Südosten dagegen ist in der Hand der Regierungspartei UDF.

## Ras-le-bol, die Schnauze voll

„Mein Vater“, erzählt Jean-Jacques, „ist Walzwerker bei La Chiers. Seit 35 Jahren hat er kein einziges Mal gefehlt. Er glaubte, daß ohne ihn die Fabrik stillstehen würde“. Und Patrick fügt hinzu: „Auch mein Vater arbeitet seit 35 Jahren auf der Hütte. Selbst mit seiner Rückenkrankheit ging er jeden Tag zur Arbeit. Die Hütte ist für ihn das Leben.“

Hier in dieser Gegend ist der Mensch und der Stahl zu einem harten Leben zusammengeschmolzen. La Chiers und USINOR sind „ihre“ Fabriken. Und wenn die Arbeiter sagen, daß hier keine Schraube und kein Werkzeug und nichts wegkommt, dann ist das so, als wenn sie von ihrem Körper sprechen.

„Hier in La Chiers wird es vielleicht wie bei LIP kommen. Selbst wenn es nur zum Ruhme sein wird. Für acht Stunden, für einen Monat. Sie werden auch noch nach der Schließung weiter arbeiten“, meint Jean-Jacques.

Der Wille durchzuhalten, sich zu wehren, nicht zuzulassen, daß ihr Lebens- und Arbeitsraum zerstört, abgebaut und vollkommen verändert wird, ist groß. Ladenbesitzer, Kleinhändler und Bistrowirte haben im Stil einer Todesanzeige folgenden Text in ihre Fenster gehängt: „Mit Schmerzen kündigen wir das Verschwinden des Handels an, wenn 12.000 Arbeitsplätze verloren gehen.“ Ärzte, Apotheker, Bürgermeister, Abgeordnete, Pfarrer und Lehrer erheben ihre Stimmen, erklären sich solidarisch und beteiligen sich an den Aktionen der Stahlarbeiter und ihrer Familien.

Nach den Aktionstagen „tote Stadt“ haben Schulkinder und Gymnasiasten demonstriert. Die Weihnachtsmessen standen ganz im Zeichen der sozialen Bewegung und Proteste. Straßenblockaden, Besetzungen von Direktorentagen, Besetzung von Bahnhöfen und Blockade der Gleisanlagen, Sperrung der nahe liegenden Grenzstationen nach Luxemburg und Belgien, Besetzungen von öffentlichen Gebäuden, Solidaritätsstreiks und Operationen nach dem Motto „coup de poing“ folgen sich in einem ständig wechselndem Rhythmus.

Am 16. Februar rief die „Intersyndikale“<sup>11</sup> zum nationalen Streik in der Stahlindustrie auf. Mehr als 100.000 beteiligten sich an diesem nationalen Aktionstag, der zu einer massiven Protestaktion wurde. Die Regionen von Longwy und Valenciennes waren an diesem Tag vollkommen paralysiert. Die Eingänge der großen Supermärkte wurden mit LKW's verstellt. Die Schulkinder blieben zu Hause. Sämtliche Zufahrtsstraßen in das Tal von Longwy wurden blockiert. Gearbeitet wurde nirgendwo mehr. Die anliegenden Grenzstationen wurden besetzt. Und aus der Fabrik von La Chiers schafften die Arbeiter in der Nacht einen riesigen Stahlkonverter auf den Marktplatz von Longwy. Am Morgen war er ein weiteres Symbol des Widerstands.

„Auf eine neue Art der Repression muß eine neue Strategie folgen“ meinte ein junges Gewerkschaftsmitglied. „Die Unternehmer zwingen uns die Gewalt von Entlassungen auf und schicken die Polizei hierher. Wir reagieren darauf mit einer pazifistischen Offensive, die aber genauso wirksam ist wie die ‚sit-in‘-Strategie von Ghandi. Die zukünftigen europäischen Arbeitslosen wissen im Augenblick, daß sie es können, daß sie es wollen, nämlich eine ganze Region lahmlegen.“ Und im jugendlichen

Überschwange fügt ein anderer Gewerkschafter hinzu: „Wir haben eine neue Form der Stadtguerilla entdeckt.“

## Die offene Revolte

Es ist Samstag früh, drei Uhr morgens. Fabrik sirenen, Autohupen und Kirchenglocken haben die Bewohner von Longwy aufgeweckt. Gewerkschafter beginnen die Bevölkerung zusammenzutrommeln. Denn eine halbe Stunde zuvor ist die Polizei in die Fernsehübertragungsstation der TDF eingedrungen. Seit zwei Tagen wird sie von etwa hundert Mitgliedern der CFDT besetzt gehalten. Die Übertragung des regulären Fernsehprogrammes wurde abgeschaltet. Stattdessen haben die Gewerkschafter begonnen, ihre eigenen Informationen auf die drei Fernsehkanäle einzublenden.

Von dem einzigen Techniker, der diese Übertragungsstation bedient, lassen sie sich die Handhabung der Apparate erklären. Mit einfachen Tricks schaffen sie es, Lichtbilder auf etwa 60.000 Fernsehschirme zu projizieren.

Zuerst sieht man die Fabriken, die geschlossen werden sollen oder Entlassungen angekündigt haben. Dann sieht man Schriftzüge, die die Gründe für den Zorn der Stahlarbeiter erklären und schließlich wird die Bevölkerung aufgefordert, die besetzte Relaisstation der TDF zu besuchen.

Der Andrang wird groß. Ganze Familien mit Frauen und Kindern drängen sich um die besetzte Station. Nur zur Übertragung von „Holocauste“ werden die Kanäle freigegeben. Bis zur Räumung durch die Polizei an diesem frühen Samstagmorgen war „Télé-SOS-emploi“ der CFDT ein voller Erfolg.

Nach und nach versammelt sich die Bevölkerung auf dem Platz Leclerc von Longwy-Bas. Mehrere hundert entscheiden sich zur Relaisstation hinaufzugehen. Oben angekommen stellen sie fest, daß niemand mehr da ist. Die Polizei hat sich schon zurückgezogen und das Informationsmaterial der Besetzer mitgenommen. Währenddessen wächst die Menge unten in Longwy an. Die Arbeiter holen aus den Fabriken Eisenstangen, Schrauben, Gabelstapler und Transportkarren. Gegen sieben Uhr explodieren die ersten Tränengasgranaten. Die Arbeiter, inzwischen mehr als tausend, wollen mit dem Gabelstapler die Tür zum Polizeikommissariat eindrücken. Molotovcocktails fliegen als Antwort auf die Tränengasgranaten und neben dem Polizeirevier schüttet ein

Lastwagen 15 Tonnen ungelöschten Kalk auf die Straße. Die Auseinandersetzung zwischen den wütenden Arbeitern und den im Revier eingeschlossenen Gendarmen beginnt.

Weiter unten dringen Arbeitergruppen in die Räume des örtlichen Unternehmens ein. In einigen Minuten sind die Büroräume völlig zerstört. Schreibtische, Stühle, Büromaterial, Papiere und Unterlagen fliegen auf die Straße. Dort wird alles angezündet. Inzwischen kämpfen etwa fünftausend an der Seite der Stahlarbeiter. Bis spät in den Nachmittag halten die Auseinandersetzungen an. Um 18 Uhr kehrt Ruhe in Longwy ein. Einige Gruppen ziehen noch durch die Stadt. Die Geschäfte haben an diesem Samstag erst gar nicht geöffnet. Die Stadt war tot. Nur die gewalttätigen Auseinandersetzungen erhitzten die Gemüter. Zwölf lange Stunden.

## Ein Tag danach

„Der Kampf in Longwy ist nun auf seinem Höhepunkt angelangt“. So sieht Robert Giovanardi, örtlicher Sekretär der CFDT, die heftigen Auseinandersetzungen vom Samstag. Und André, ein junger Gewerkschafter, fügt noch hinzu: „Man kann schon sagen daß die ganze Stadt auf unserer Seite war. Jedermann unterstützte uns.“

Der Zorn und Unwille beginnt sich tiefer festzusetzen. Die Bereitschaft zur direkten Aktion steigt. Und in einem Gespräch äußert ein Verantwortlicher der sozialistischen Partei: „Unbewußt wünschen sehr viele, einfach weiterzugehen wie bisher. Man merkt, daß die großen Demonstrationen und Versammlungen zwar nötig sind, aber es ändert sich nichts danach.“

Die Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmensleitungen von USINOR und SACILOR sind bisher ohne Ergebnisse verlaufen. Es zögert sich alles hin. Der Druck scheint nicht auszureichen. Ein Delegierter der CFDT macht sich Gedanken darüber: „Die Leute sagen jetzt: ‚Wenn es irgendwelche Zwischenfälle gibt, dann liegt das an der Regierung, die das provoziert.‘ Diese Haltung ist hier vollkommen neu. Das beunruhigt vor allem auch die kommunistische Partei und die CGT, die hier in dieser Stadt und dieser Region eine Vormachtstellung haben. Das Risiko der Unkontrollierbarkeit wird größer. Und die CGT ist schnell bereit, die gewaltsamen Zwischenfälle auf ‚unkontrollierbare Elemente‘ zu schieben. Das geht aber ganz und gar an der Wirklichkeit vor-

bei. Und der Angriff auf das Polizeirevier hat schon deutlich gemacht, daß die kommunistische Partei in Schwierigkeiten kommt, ihre Rolle als kontrollierende Instanz der sozialen Bewegung aufrecht zu erhalten. Die CFDT hängt irgendwo dazwischen. Mitglieder der CFDT haben sich z.B. gegen die Einschließungen und Einsperrungen ausgesprochen aber in den Auseinandersetzungen mit der Polizei standen sie mit in vorderster Reihe. Es beginnt sich eine schwierige Phase herauszubilden. Es werden Gruppen von Stahlarbeitern sichtbar, die sich unabhängiger bewegen wollen. Sie brechen keineswegs mit den Gewerkschaften. Aber zusammen mit Christen, Arbeiterpriestern, Unzufriedenen aus der sozialistischen Partei und Gewerkschaftern der CFDT haben sie ein ‚Kollektiv‘ gegründet. Sie organisieren Versammlungen, reichen Petitionen ein, machen Flugblätter und Plakate, organisieren Diskussionen und Zusammenkünfte in der ganzen Region.“

Gérard Richon, Mitglied der CFDT und Geographielehrer in Valenciennes, sieht die Zielrichtung dieses „Kollektivs“ so: „... man muß über eine industrielle Lösung im gesamten verhandeln. Wir wollen eigentlich zeigen, daß die Bevölkerung, Gewerkschafter, Lehrer, Wissenschaftler und alle, die Ideen haben, fähig sind, zu gemeinsamen Überlegungen zu kommen, daß sie Vorschläge ausarbeiten können, die sie der Regierung und der Verwaltung von USINOR vorlegen wollen. Darüber muß dann verhandelt werden... Das ist das erste Mal, daß eine ganze Bevölkerung sich durch ein gemeinsames Schicksal betroffen fühlt. Man muß wirklich andere Dinge herausfinden, als die sterile und verschlüsselte Sprache der politischen Parteien und der Gewerkschaften. Man will hier eigentlich weniger den Sieg einer Struktur oder eines Apparats...“

Die Arbeit dieses „Kollektivs“ beginnt erst. Und sicher ist das keine „Mehrheit“, die in dieser Richtung denkt. Es ist eine Gruppe unter den Aktiven dieser Bewegung. Es ist eine Tendenz, die der Haltung und Meinung der Bevölkerung nicht fremd ist.

Den Ereignissen, eine besser und direkter entsprechende Form der Verständigung und des Handelns, gegenüberzustellen, ist der Wunsch von nicht wenigen. Er kommt aus einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik der „offiziellen Linken“. Diese Entwicklung im Innern der Bewegung, im Innern der Arbeiterklasse des Nordens ist eben auch als Kritik an der kommunistischen Partei und der CGT zu verstehen.

Es ist kein Zufall, daß diese beiden Organisationen hier in dieser Region das politische und kulturelle Leben stark

beeinflussen. Ihre Tradition ist nach wie vor ungebrochen. Eine alte Arbeiterklasse hat hier Geschichte gemacht. Und ihre Klassenkämpfe haben eine politische Kultur hervorgebracht, die in der kommunistischen Partei und der CGT ihre organisatorische Stärke gefunden hat.

Aber die Zeit ist nicht stehengeblieben. Soziale und strukturelle Veränderungen sind auch an der Arbeiterschaft in Lothringen nicht spurlos vorübergegangen. Neue Entwicklungen deuten sich an, an denen die „gesetzte Aristokratie“ in der kommunistischen Partei nur schwer vorbeikommen wird.

### Radio „SOS-Emploi“

„Meine guten Arbeiter. Wir sind ein altes Ehepaar und mein Mann ist krank. Aber wir nehmen von ganzem Herzen an dem Teil, was ihr macht, um unsere Gegend und die Arbeit hier zu erhalten. Ich bin 73 Jahre alt und das ist das erste Mal, daß ich so etwas schwerwiegendes erlebe. Wir hoffen, daß ihr Erfolg habt . . . Rettet unsere Fabriken.“ Unterschrift: „Ein altes Ehepaar.“

Armelle schaut in den Raum. Dann drückt er einen Knopf. Eine rote Lampe leuchtet auf. Es ist das Zeichen dafür, daß die Sendung beginnt. Ein junges blondes Mädchen beginnt den Brief in ein im Raum hängendes Mikrofon zu sprechen. Es ist der Beginn der 33. Sendung von „Radio SOS-Emploi.“

In der Nähe von Longwy reiben sich zwei Mitglieder der CFDT die Hände und vertreten sich die Füße, um der Kälte etwas Warmes abzutrotzen. Sie haben einen kleinen Sender aufgebaut. Daneben steht eine Autobatterie und ein Tonbandgerät. Zum gleichen Zeitpunkt macht eine andere Gruppe an einem anderen Punkt der Stadt dasselbe. „Mit zwei Sendern können wir die Gegend, etwa 30 km im Umkreis abdecken,“ meint Armelle. Vorsicht ist geboten, denn die Polizei ist auf der Hut. Aber bis jetzt gab es noch keine Schwierigkeiten.

„Radio SOS-Emploi“ ist die erste freie Radiostation der CFDT<sup>12</sup>. Sechs Mitglieder der Gewerkschaft stellen täglich eine Sendung zusammen. Zur Gruppe gehören drei Reporter, ein Redakteur, zwei Sprecherinnen und ein Tontechniker. Drei arbeiten bei USINOR, einer ist Grundschullehrer und ein anderer ist Techniker bei der EDF. Eines der Mädchen ist arbeitslos. ▶



„Zuerst dachten wir, daß das mit den freien Radiostationen eigentlich nicht unsere Sache ist. Aber nachdem auf dem großen Schutthügel hier dieses Symbol „SOS-Emploi“ errichtet wurde, haben wir gedacht, daß man irgendwie in dieser Richtung weiter machen muß. Wir sind zu Freunden von „Radio-Verte Fessenheim“ im Elsaß gegangen. Sie sind dann gekommen und haben uns erklärt, wie man so etwas macht.“

Das Resultat ist erstaunlich. Auch die technische Ausrüstung. Im Studio: Tonbandgeräte, Mischpulte, Mikrofone, Verstärker. In der täglichen Sendung von 30 Minuten stecken ungefähr 30 Stunden gemeinsame Arbeit. Direkt nach Arbeitsschluß fangen sie an, die Sendung für den folgenden Tag zusammenzustellen. Das dauert fast immer bis Mitternacht und länger.

Am Donnerstag wurde der Bahnhof von Longwy besetzt. Die Gruppe ist am Ort des Geschehens. Es wird aufgezeichnet. Interviews mit dem Bahnhofsvorsteher und den Bahnbeamten werden auf Band aufgenommen. Danach wird zusammengestellt, gemixt, Zwischentexte gemacht und Musik eingeblendet. Die fertige Sendung nimmt ihre Gestalt an.

Die Sendungen werden der CFDT vorgelegt. Ein örtliches Gremium der Gewerkschaft gibt in etwa den Rahmen der Sendungen vor. Es wird diskutiert. Jede Woche einmal. Das sind keine langen Strategiediskussionen. Das ist lebendig, so lebendig wie die Inhalte der Sendungen von „Radio SOS-Emploi“.

### Wenn der Keller in Bewegung kommt

„Ich sehe hier eine unterschwellige und tiefsitzende Bewegung in der französischen Gesellschaft, die man vielleicht mit den Vorläufern des Mai '68 vergleichen könnte. Das beunruhigt mich. Man hat den Eindruck, daß sich eine ziemlich große Veränderung vollzieht, die entweder zum Auseinanderfallen oder zur Erneuerung der Gesellschaft führt. Dieses alte Volk ist voll und ganz dabei, sich zu verändern . . .“

Robert Poujade, der die Unruhe in der französischen Gesellschaft so sieht, gehört nicht zur Linken. Er ist Abgeordneter der R.P.R., dem von Jacques Chirac geführten rechten und nationalistischen Gaullistenflügel.

Immer wieder wurden in den letzten elf Jahren bei Streiks und sozialen Protesten die Verbindungen zum Mai '68

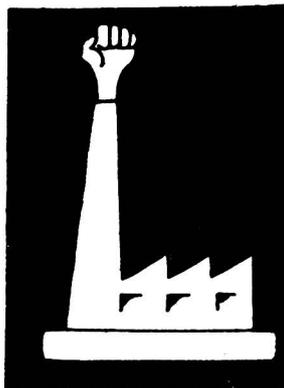
gezogen. Die Erlebnisse und die Erschütterungen, die damals Frankreich bewegt haben, sitzen tief. Für manche sind sie zum Trauma geworden.

Und trotzdem, die Unruhe hat sich seit dieser Zeit nicht mehr zu einer alle gesellschaftlichen Sektoren gleichsam erfassenden Bewegung erweitert. Auch heute ist es wieder so, daß der soziale Protest lokal begrenzt ist. Es sind einzelne Branchen und Regionen, die besonders hart von der Krise betroffen sind. Und die Unterschiedlichkeiten sind sicher groß. Auch Gewalt bei Konflikten ist in Frankreich nicht neu. Was vielleicht auffällt, ist die Häufung von Explosionen der Unzufriedenheit in der letzten Zeit. In Banken und Versicherungen, bei Post und Bahn, macht sich gleichfalls Unmut breit.

Es sind vor allem die Arbeitslosigkeit und die überall drohenden Entlassungen, die im Mittelpunkt der Konflikte stehen. Und oft ist ein ganz vage formuliertes Unbehagen über die Art und Weise der Arbeit in dieser Gesellschaft nicht zu überhören. Ob das ausreicht um Nachdenklichkeit und Engagement zu verbinden? Oder wird man sich darauf einrichten, mit diesen Bedrohungen in Zukunft zu leben?

Die soziale Zerstückelung der Gesellschaft geht weiter. Gewachsene Schicht- und Klassenzusammenhänge werden aufgebrochen und Veränderungen unterworfen. Einheitliches Wehren wird schwerer. Und die traditionellen Arbeiterorganisationen können sich nur schwer auf die neuen gesellschaftlichen Veränderungen einstellen. Ihre Überlegungen und Programme gehen vielfach daran vorbei. Denn auch sie befinden sich in der Krise.

Bernd Mayerspeer ■



### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Zur „Linksunion“ gehörten die kommunistische Partei (KPF), die sozialistische Partei (PS) und die Bewegung der radikalen Linken (MRG).

<sup>2</sup> „Autogestion“ ist in etwa mit „Selbstverwaltung“ zu übersetzen. Ein politisches Konzept, das eigentlich gegen die „Mitbestimmung“ entwickelt ist. Es wird hier in Frankreich, je nach politischem Standort, sehr unterschiedlich mit Inhalten versehen.

<sup>3</sup> PSU – Partie socialiste unifié. Die vereinigte sozialistische Partei hat sich Anfang der sechziger Jahre aus der damaligen Sozialistischen Partei (SFIO) heraus gebildet. Als linkssozialistische Gruppe ist sie zwischen traditioneller Linke und der extremen Linken einzuordnen. Anlässlich der Wahlen hat sie sich vor allem mit ökologistischen Gruppen zur „Front autogestionnaire“ zusammengeschlossen.

<sup>4</sup> 1936 hat die damalige „Front populaire“ einen dreiwöchigen gesetzlich garantierten Jahresurlaub eingeführt. Seit dieser Zeit ist dieses Gesetz nicht geändert worden. Offiziell gibt es also auch heute noch drei Wochen Jahresurlaub. Durch innerbetriebliche Regelungen erhalten aber die meisten französischen Arbeitnehmer mindestens vier Wochen Urlaub im Jahr.

<sup>5</sup> FO – Force ouvrière. Eigentlich heißt sie richtig CGT/FO. Sie ging aus einer Abspaltung der CGT hervor, ist heute die drittgrößte Gewerkschaft und vertritt eine „sozialdemokratisch“ orientierte Gewerkschaftspolitik.

<sup>6</sup> O.S. – ouvrier spécialisé. Entspricht einem Arbeiter ohne Berufsausbildung.

<sup>7</sup> In der Bundesrepublik gibt es sowohl für angelernte Arbeiter als auch für Facharbeiter die gleiche Lohngruppenskala. Es kann durchaus vorkommen, daß sich ein angelernter Arbeiter in der gleichen Lohngruppe wie ein Facharbeiter befindet. In Frankreich ist das nicht möglich. Es gibt eine strikte Trennung zwischen Lohngruppen für die O.S. und den Lohngruppen für die P. (professionnel). Die Aufsplitterung der Lohngruppen und Kategorien für diese beiden Arbeitergruppen ist fast unüberschaubar. Bei der Automobilfirma Citroen z.B. gibt es mehr als 70 verschiedene Lohnstufen, durch die aber nur eine „grobe“ Einteilung geregelt ist.

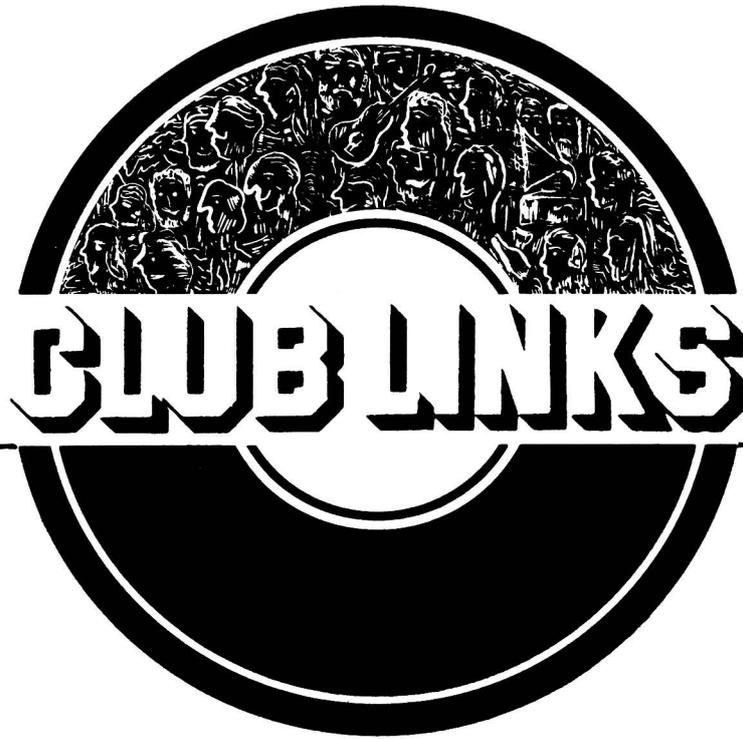
<sup>8</sup> Spezialeinheit der französischen Polizei.

<sup>9</sup> Das vollständige Interview mit Edmond Maire ist in der „Libération“ vom 19. und 20. Dezember nachzulesen.

<sup>10</sup> „SOS-Emploi“ läßt sich in etwa mit SOS-Arbeitsplätze oder SOS-Beschäftigung übersetzen.

<sup>11</sup> In der „Intersyndicale“ haben sich mehrere Gewerkschaften zusammengeschlossen: CGT, CFDT, FO, CGC und FEN. Die CGC ist eine Angestelltengewerkschaft. Die FEN eine Lehrgewerkschaft.

<sup>12</sup> In Frankreich heißen sie „radio libre“. Und im letzten Jahr gab es fast hundert solcher kleinen Stationen in ganz Frankreich. Die Inhalte der Sendungen sind recht verschieden. Aber allen ist gemeinsam, daß sie „Betroffene“ direkt sprechen lassen, ja von ihnen selbst gemacht werden.



## Wien

1020, Odeongasse 1  
(Ecke Große Mohrengasse)

Telefon: 0222/24 70 402

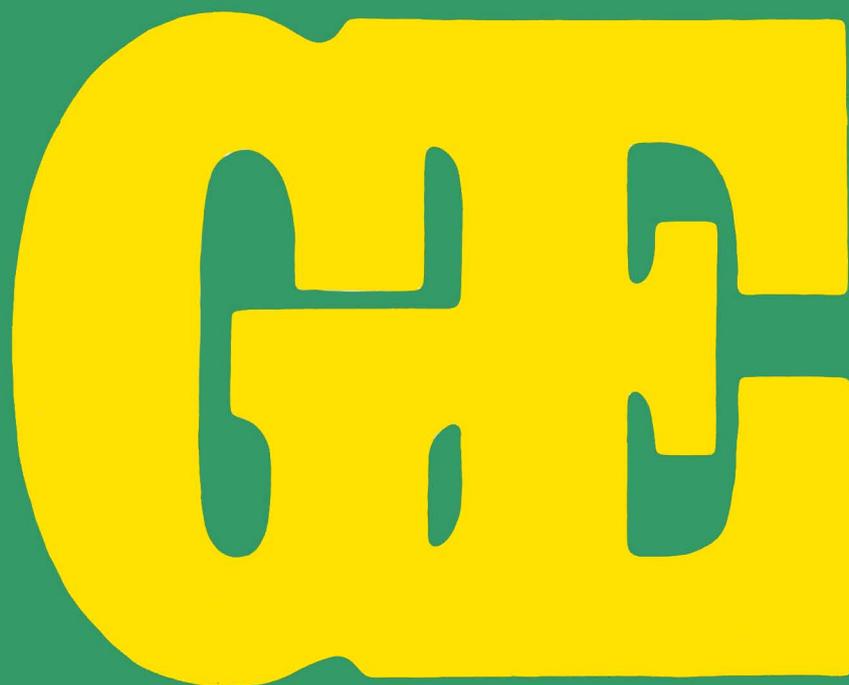
Geöffnet Freitag und  
Samstag jeweils ab 19.30 h

## Graz

Brockmannngasse 75

Telefon: 0316/77 08 82

Geöffnet täglich  
von 19 bis 24 Uhr



Gewerkschaftliche Einheit  
**Die Alternative**  
zu den Parteifraktionen

Arbeiterkammerwahl  
10./11. Juni 1979

**Liste 5**

*links & unabhängig*